Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

19.11.1931 (Nr. 158)

Visual Library

BWZ

Einzelpreis 15 Pfennig

Donnerstag, 19. November 1931 • Nummer 158

SPD-Führer zur NSDAP übergetreten

Vor einigen Tagen ist der sozialdemokratische Fraktionsführer im Gemeindeparlament in Neustadt (Baden), Blasius Müßle, zur NSDAP. übergetreten. Müßle, der besonders im Hochschwarzwald unter den Bauern großen Anhang hat, gehörte früher zu den eifrigsten Bekämpfern der nationalsozialistischen Idee.

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber: Kurt Thiele Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878

Die BWZ erscheint jeden Werktag u. kostet RM. 1,90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Aussperrung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10gesp. Nonp.-Zeile Rm. 0,25, auswärts Rm. 0,30, im Textteil die 4gespalt. Textzeile Rm. 0,80, auswärts Rm. 1,—. Stellengesuche u. Familien-Anzeigen Rm. 0,10. Kleine Anzeigen Rm. 0,15. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Warum keine Bürgerschaft?

Fürchten sich Senat u. Regierungsparteien vor der Verantwortung?

Die nächste Sitzung der Bürgerschaft um eine Woche verschoben!

Wenn die Bremer Bevölkerung bisher schon für die ganzen letzten Bürgerschaftsverhandlungen kein Verständnis mehr zeigte, so muß man wohl sagen, daß bei Bekanntgabe der Aufschiebung dieser fieberhaft erwarteten Bürgerschaftssitzung die Geduld der Bremer Bevölkerung doch allzusehr auf die Probe gestellt wird. —

Ganz Bremen hat bestimmt damit gerechnet, daß in der kommenden Bürgerschaftssitzung der jetzige **Senat durch einmütigen Beschluß aller deutschdenkenden Vertreter des Landtages** abgesetzt wird, nachdem keiner dieser Herren den Mut aufbringen konnte, von sich aus, aus einem Amt zu scheiden, das länger zu verwalten er nach dem Erlebten und Versäumten weder fähig, noch berechtigt war. —

Handelte es sich bisher darum, diesem Senat das höchste Mißtrauen in finanzieller und verwaltungstechnischer Beziehung auszusprechen, nachdem unter seiner glorreichen Tätigkeit die Finanzen und der gute Ruf Bremens in Grund und Boden gestampft sind, so haben die traurigen Ereignisse der letzten Woche obendrein noch den Beweis erbracht, daß diese Regierung überhaupt nicht mehr die Kraft aufbringen kann, zu regieren,

Wer regiert in Bremen? Mord und Totschlag in den Straßen; Reichsbanner unter Führung von marxistischen Polizeibeamten. Was sagt zu alledem der regierende Bürgermeister — —?

Es ist soweit gekommen, daß anständige Menschen bei einbrechender Dunkelheit ohne für Gut und Leben besorgt sein zu müssen, nicht mehr über Bremens Straßen gehen können. — Der Meuchelmord lauert mit dem geräuschlos arbeitenden Dolch in den zahlreichen dunklen Gängen und Türnischen mitten in Bremens Mauern; Meuchelmord, der durch aufreizende Zeitungen, deren eine auch sogar von Regierungsseite aus als „Regierungsblatt" bezeichnet wurde, heraufbeschworen ist. —

Mit geballten Fäusten geht der Bremer durch die Straßen, nur noch mühsam niedergedrückt durch die einseitig angewandten Notverordnungen. — Wie leicht kann die andere Seite einen Funken in dieses Pulverfaß werfen und die Explosion herbeiführen, und das sonst so ruhige und friedliche Bremen in die Flammen des Bürgerkrieges hineinreißen.

Wie wenig wert ein dem politischen Mord zum Opfer gefallener Deutscher dem Bremer Senat doch ist! Wir sehen dieses an den Litfaßsäulen. — Für die Ergreifung eines Mörders an einer Dirne wurden in anderen Plätzen Belohnungen von 5000 Rm. ausgesetzt, für die Ergreifung eines Mörders an einem deutschen Arbeiter hat man sich zu 500 Reichsmark aufgeschwungen! Für 500 Mk. verrät kein Mordkumpan seinen Genossen, man verdient ja im Dienste der Sache schon mehr!!!

Das Volk versteht diese Sprache allzu deutlich. — Die „regierenden Köpfe" Bremens scheinen mit den Sorgen um ihre eigene finanzielle Krise kein Verständnis mehr für die Volksseele zu haben. —

Wir sind fest überzeugt, daß der Mord an dem nationalsozialistischen Arbeiter Decker bis ein Volksgericht alle Schuldigen zu richten hat, genau so ungesühnt bleiben wird, wie **der Mord** an dem Nationalsozialisten Gossel.

In der Bürgerschaftssitzung dieses Freitags sollte und mußte der Senat verschwinden. — Er wird uns noch 8 Tage, vielleicht auch länger, erhalten bleiben. —

Was hält ihn? Was hält die Männer davon zurück, die Konsequenzen zu ziehen? Treten sie nicht freiwillig zurück, weil sie dann ihrer Pensionen verlustig gehen?

Die Bürgerschaftssitzung wird verschoben und dies ist nach Aussage der Schünemann-Presse nur zu begrüßen. Sehr verständlich für diese Herren!

An das Vertuschungssystem hat man sich in Bremen ja gewöhnt. Nur Zeit gewinnen, bedeutet für die Vertreter des heutigen Systems, alles gewinnen. —

Meine Herren, das war wohl möglich in einer Zeit, da der größte Teil der Bremer Bevölkerung aus feisten satten Bürgern bestand; nicht aber in einer Zeit, wo Hunderttausende in Not und Elend versinken, wo Frau und Kind nach Brot jammern.

Acht Tage diese Regierung länger bedeutet für unser Volk acht Tage Not und Elend länger, acht Tage Lug und Trug länger, acht Tage, in denen der letzte Lebenssaft aus dem deutschen Volkskörper länger in die Taschen der Bonzen und Nutznießer des alten Systems ungehemmt fließt, acht Tage in denen es möglich ist, noch gründlicher die Spuren der Mißwirtschaft zu verwischen, acht Tage in denen vielleicht noch mehr Blut in der Terroraktion gegen die aufrechten Kämpfer fließen kann.

Meine Herren, die Wunden, die ihre Mißwirtschaft geschlagen, wird keine Zeit heilen; Generationen hindurch wird die Wunde offen bleiben für unser Volk, die ihre Regierungskunst in die Finanzen des Bremer Staates geschlagen hat. — Keine Zeit wird jemals die Toten erwecken, aber auch nicht dieselben aus unserem Gedächtnis verwischen, die unter ihrer macht- und kraftlosen Regierung gefallen sind.

Heute kämpft das System um „wohlerworbene Rechte", um Gehalt und Pensionen. Das deutsche nationalsozialistische Volk wird dereinst diese „wohlerworbenen Rechte" in wohlverdientem Umfange auszahlen.

Deutschland ist erwacht und kann selbst nicht durch Mord und Totschlag noch einmal in den marxistischen Traumzustand versetzt werden; von denen aber, die dieses System verkörpern, wird genau so, wie von denen die es gestützt und solange an der Macht gehalten haben, Rechenschaft gefordert werden. Ihnen allen wird das „wohlerworbene Recht" werden.

Auch die Bremer Bevölkerung ist endlich erwacht. — Die Bremer Bevölkerung wird entscheiden, ob der Marxismus oder der Nationalsozialismus in Zukunft Bremens Geschicke lenkt. — Bremen ist in der glücklichen Lage, nicht das schwarze Jüngleen an der Waage befürchten zu müssen. — Bremen wird reinen Tisch machen mit den schwammigen Mittelparteien, die Bremens Ruf und Bremens Wohlstand, Bremens Ruhe und Frieden vernichtet haben. — Die Politik Bremens wird in Zukunft nicht mehr an den Stammtischen des Ratskellers gemacht werden. Wer den Marxismus unterstützt, soll mit ihm getroffen werden! Wer uns die Hand reicht zum Kampf für Ehre, Freiheit und Brot, soll unser Freund sein! Noch ist es Zeit; das Volk wird richten!

Kein Einschreiten gegen das Reichsbanner!

Die Staatsanwaltschaft schlägt das Verfahren nieder!

Noch steht die ganze Bremische Bevölkerung in kaum gezügelter Empörung unter dem Eindruck der Mordnacht vom 9. November, der noch durch die **unverständliche Verschiebung der Bürgerschaftssitzung** verstärkt wurde, und schon hören wir von einer neuen Nachricht, die wiederum nur dazu angetan ist, unser Mißtrauen gegen das System zu verstärken. Die Staatsanwaltschaft Bremen hat das Verfahren gegen die Bremer und Hamburger Reichsbannerleute eingestellt, die am Sonntag, 11. Oktober mit einigen 100 Mann über einen kleinen SA.-Trupp am Friedrich-Ebert-Haus hergefallen sind. Das Reichsbanner war scheinbar nur zu diesem Zweck aus Hamburg herübergekommen und ist dann über einzelne SA.-Leute **mit Spaten Eisenstangen, Gummiknüppeln und Messern hergefallen.** Unsere SA.-Leute waren unbewaffnet und konnten sich nur mit Schulterriemen und Koppeln zur Wehr setzen. Eine Reihe von erheblich Verletzten mußten wir beklagen, weil die blaue Polizei viel zu spät eintraf und auch der Ueberfallwagen erst aus der Stadersstraße herankommen mußte.

Wir mußten bestimmt damit rechnen, daß eine große Zahl von Reichsbannerleuten wegen schweren Landfriedensbruchs vor Gericht zur Verantwortung gezogen werden würden. Bei dieser Gelegenheit hätte dann **auch die Machenschaft des Polizeibeamten Vogt** aufgeklärt werden können. Aber die Staatsanwaltschaft hat, wie wir hören, das Verfahren eingestellt und **keiner der Täter wird vor Gericht gestellt werden.**

Schon einmal haben wir darauf hinweisen müssen, daß **die Bremer Staatsanwaltschaft gern überflüssige Fühlung mit dem Senat aufnimmt** und sich von ihm über einzuschlagende Schritte beraten läßt. Wir stellen daher lediglich die Anfrage an die Staatsanwaltschaft und an Herrn Oberstaatsanwalt Drechsler, ob **auch in dieser Frage und mit wem Fühlung über die Verfolgung der Reichsbannertäter genommen wurde.** Minister Groener hat gerade jetzt ein rücksichtsloses Durchgreifen gegen Terrorakte gefordert! Wir glauben kaum, daß das Verhalten der Bremer Staatsanwaltschaft diesen ministeriellen Wünschen entspricht!

Man sollte bei diesen Untersuchungen auch nicht über Kleinigkeiten stolpern und alles vergeben und vergessen sein lassen, wenn sich der äußere Hergang des Ueberfalls nicht mehr in allen Einzelheiten rekonstruieren läßt. Auf den irgendwie in die Tat umgesetzten

Willen zum Terror, zum Niederschlagen der „Faschisten", wo man sie trifft,

kommt es an, und daß dieser beim Reichsbanner in ausgeprägtester Form vorhanden ist, das wird doch die Bremer Staatsanwaltschaft auch begriffen haben. Oder sollten ihr die **täglichen Morddrohungen** der Marxisten entgangen sein? Wir empfehlen in diesem Fall **die Lektüre der Volkszeitung** und den Besuch marxistischer Versammlungen. Im übrigen können aber auch

der vom Staate besoldete Jugenderzieher Drees oder die zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordangestellten Polizeibeamten Noch und Vogt einschlägige Auskunft erteilen.

Wir werden uns durch das Schweigen des Senates und die Zurückhaltung der Staatsanwaltschaft nicht dazu verleiten lassen, unsere Forderungen auf gründliche Untersuchung der Reichsbanner-Ueberfälle und deren Drahtzieher einzustellen. Wir werden auch mit der uns eigenen Rücksichtslosigkeit darauf dringen, daß die Ermordung unseres Kameraden Decker ihre Sühne findet und zwar nicht nur an dem Täter selbst, sondern auch an **all den Hintermännern, die vom Schreibtisch oder Motorrad aus** den Mordüberfall geleitet haben.

Aus diesen Gründen wird sich die nächste Bürgerschaft mit verschiedenen nationalsozialistischen Anträgen, Anfragen und Interpellationen zu beschäftigen haben, so mit dem Antrag, daß Staatsbeamte, die Mitglieder der Bürgerschaft sind, nur zu ihrer eigentlichen parlamentarischen Tätigkeit und nicht zu sonstiger Organisationsarbeit Urlaub erhalten. Der Staat kann kein Interesse daran haben, **einen Lehrer zu besolden,** der eine Mordorganisation des Reichsbanners leitet.

Wir werden den Senat fragen, ob die Polizeidirektion gegen die Beamten Vogt und Jendrasch (der kleine dicke blaue Wachtmeister) etwas unternommen hat, die in der Mordnacht ihre Pflichten als Polizeibeamte gröblichst verletzt haben. Schließlich werden wir folgende Interpellation einbringen:

In der Nacht vom 9. zum 10. 11. 1931, sperrte die Polizei das Volkshaus straßenseitig ab und forderte die Kriminalpolizei zur Durchsuchung nach Waffen und Tätern an. Die Kriminalpolizei traf erst nach nahezu einer Stunde ein, so daß Gelegenheit gegeben war, belastendes Material und Personen rechtzeitig verschwinden zu lassen.

Die Ueberraschung des polizeilichen Eingreifens wurde dadurch wieder aufgehoben. Obendrein erfolgte die verspätet vorgenommene Durchsuchung in so kurzer Zeit, daß bezweifelt werden muß, ob die angesichts obiger Tatsache nötige Gründlichkeit überhaupt beabsichtigt war.

Aus Bremen Stadt und Staat

Gegen Bürohandel. Von der Kleinhandelskammer, der Gewerbekammer und der Handelskammer wird uns geschrieben: Mit dem Beginn des Weihnachtsgeschäftes versuchen wiederum Händler und Agenten in behördlichen Dienststellen, kaufmännischen und gewerblichen Betrieben gemeinschaftliche Bestellungen zu erlangen, indem sie einem Angestellten oder Arbeiter des Betriebes für die Sammlung von Aufträgen besondere Vergünstigungen versprechen. Einzelhandel, Gewerbe, Großhandel und Industrie können dieses Verfahren nicht gutheißen; sie müssen, nicht zuletzt auch im Interesse der Verbraucher, daran festhalten, daß sämtliche Warenbestellungen auf dem ordentlichen geschäftsüblichen Wege ergehen. Die Kleinhandelskammer, die Gewerbekammer und die Handelskammer **richten daher an die Leiter der Fabrik- und Handelsbetriebe sowie auch der behördlichen Dienststellen das dringende Ersuchen, in ihren Betrieben, Büros oder Kontoren gemeinsame Bestellungen durch Vermittlung ihres Personals nicht zu dulden und den privaten Warenhandel in den Geschäfts- und Diensträumen während der Geschäftsstunden zu untersagen.**

Vereinigung der Freunde des Humanistischen Gymnasiums und Bremer Altphilologen-Verband: Freitag, 20. Nov., 20.15 Uhr in der Aula des Alten Gymnasiums, Dechanatstraße 4. **Dr. A. Ippel-Berlin: „Orient und griechische Kunst"** (mit Lichtbildern). Eintritt frei. Gäste willkommen. Es soll das Wesen der griechischen Kunst bestimmt werden, indem es von der ägyptischen, babylonisch-assyrischen, kretischen und hethitischen Kunst aus beleuchtet wird. Durch Gegenüberstellung gleicher Typen wird gezeigt werden, wie aus den orientalischen Kunstkreisen die Muster genommen, durch feinste Instinktwahl die Grundlagen erarbeitet werden und das Erbgut früherer Jahrtausende von der griechischen Kunst zu völlig Eigenem, völlig Neuem geschaffen wird.

Unfälle. Auf der Hafenstraße stürzte ein Radfahrer mit seinem Fahrrade und zog sich eine erhebliche Kopfverletzung zu. Er mußte der Krankenanstalt zugeführt werden. — Leicht verletzt wurde eine achtjährige Radfahrerin, die auf der Birkenstraße von einem Lastwagen angefahren worden war. Sie wurde in ihre elterliche Wohnung geschafft. — Am Sonntag, gegen 15 Uhr, fuhr auf der Duckwitzstraße ein Personenkraftwagen in den Straßengraben. Die Feuerwehr befreite den Kraftwagen aus seiner Lage. Der Unfall soll sich beim Ueberholen eines Radfahrers ereignet haben. Der Radfahrer soll nur unbedeutend verletzt worden sein. — Bei einem Zusammenstoß zweier Personenkraftwagen auf der Kreuzung Georgstraße-Falkenstraße, wurden zwei Insassen der Fahrzeuge durch Glassplitter verletzt. Außerdem soll größerer Sachschaden verursacht worden sein.

Diebstähle. Einem Anwohner der Föhrenstraße wurde aus einem Waschtische eine silberne Remontoiruhr mit Kette gestohlen. Die Uhr hat weißes Zifferblatt mit arabischen Ziffern, der kleine Zeiger ist verbogen; die Kette ist dreigliedrig, Doubleekette, jedes Glied etwa 12 bis 15 Millimeter breit und 20 bis 25 Millimeter lang. Vor Ankauf wird gewarnt. — Bei einem Einbruch am Panzenberg wurden etwa 54 Pfd. Mettwürste gestohlen. — Am Blocklanderdeich wurde von einer Grabenreinigungsmaschine der Magnet und das Steuerrad gestohlen. Der Magnet ist Marke Bosch für Ford-Motor. — Als gestohlen wurden sechs Fahrräder gemeldet.

Bund Königin Luise. Jeden Montag und Donnerstag Nähstube in Heidemanns Hotel, Münchenerstraße 66—70. Mittwoch (Bußtag), den 18. Nov., gemeinsamer Kirchgang U. L. Frauenkirche. Treffen 10 Uhr vor der Kirche. Sonnabend, den 21. Nov., 20 Uhr, Feier des 6jährigen Stiftungsfestes im kl. Saale der Centralhallen. Eintritt 50, Erwerbslose 20 Pfennig.

Bremer Wissenschaftliche Gesellschaft. 17. Nov.: Obersgesellschaft: 20 Uhr, Sternwarte, Mondbeobachtung; 20. Nov.: Aerztlicher Verein: 20.30 Uhr, pünktlich, Deutsche Oberschule, Karlstraße: Prof. Dr. Borrmann-Bremen: Pathologische Anatomie; Dr. Növekamp-Bremen: Röntgendiagnostik und Strahlentherapie. Nur für Mitglieder. Gäste können mit Genehmigung des Vorsitzenden eingeführt werden. Historische Gesellschaft: 19.15 Uhr, Staatsarchiv: Stud.-Rat Dr. Schecker-Bremen: „Das calendarium historicum des Bremer Bürgermeisters Henricus Meyer und der Prognostica. Fund im Bremer Staatsarchiv". Nur für Mitglieder. Vereinigung der Freunde des Humanistischen Gymnasiums: 20.15 Uhr, Altes Gymnasium: Dr. Albert Ippel-Berlin: „Orient und griechische Kunst", öffentlich, Gäste willkommen. Neuphilologischer Verein: 17 Uhr, Sitzungszimmer des Realgymnasiums: Bericht und Aussprache über kulturkundliche Lesebücher in den neueren Sprachen. Methodenfragen. Nur für Mitglieder und eingeführte Gäste. Obersgesellschaft: 20 Uhr, Sternwarte der Obersgesellschaft, Seefahrtsschule: Mondbeobachtung. 21. November: Obersgesellschaft: 20 Uhr: Sternwarte der Obersgesellschaft: Mondbeobachtung.

Bremer Getreidebericht vom 16. Novbr. Weizen: Manitoba 1 6.45 unverzollt. Roggen: Nord-Russischer 5.35 unverzollt. Gerste: Donau 5.05 unverzollt, Russen 5.10 unverzollt. Hafer: Pomm. Weißhafer 56-7 Kilogr. 9.30, do. 54 Kilogr. 9.—. Mais: La Plata 10.25 verzollt. Tendenz: Stetig!

Bremer Schweinemarkt vom 16. Novbr. Auftrieb 2389, davon dem Markt direkt zugeführt 2085, lebend ausgeführt 377 Stück. Es kosteten: a) —, b) 41 (100), c) 40—41 (573), d) 37—40 (930), e) 34—37 (280), f) 25—30 (104), g) 28—35 (98). Marktverlauf: Mittelmäßig. Prima fette Schweine über Notiz, Markt langsam geräumt.

Die Reichsbahndirektion Hannover schreibt uns: Um in Rotenburg (Han.) den Anschluß an den Personenzug 711 nach Hamburg zu erreichen, wird der Zug 9723 vom 23. November d. J. ab wie folgt **frühergelegt:**

Verden (Aller) ab 9.25 statt 9.27, Walle ab 9.39, Holtum ab 9.56, Westerwalsede ab 10.17, Unterstedt ab 10.42, Rotenburg (Han.) an 10.55, Rotenburg (Han.) ab 11.01, Hamburg Hbf. an 13.09.

Gedok. Gemeinschaft der Künstlerinnen und Kunstfreundinnen. Es wird hingewiesen auf die heutige Eröffnung der Weihnachtsausstellung in der Buchhandlung v. Halem, Schleifmühle 63, von 11 bis 14 Uhr. Die Ausstellung umfaßt Graphik und Kunstgewerbe.

Von der Ortsgruppe Achim der NSDAP. wird uns geschrieben: Am vergangenen Sonnabend veranstalteten wir wieder eine öffentliche Versammlung in Baden. Wir wissen, daß die Herren von der SPD. es sehr ungern sehen, wenn ihre Schäfchen in nationalsozialistische Versammlungen gehen und so können wir mit Genugtuung feststellen, daß die diesmalige Versammlung stark von Anhängern der SPD. und KPD. besucht war. — In der Diskussion sprachen ein Kommunist und ein Sozialdemokrat, deren Ausführungen von unserem Redner, Pg. Hirschberg, glänzend widerlegt wurden und seine Aufklärungen über den Verrat der marxistischen Parteien am deutschen Arbeiter haben ihre Wirkung sicherlich nicht verfehlt. — Die Versammlung schloß mit dem Horst-Wessel-Lied und drei Anfnahmen in die NSDAP. **Mit dem Pg. Hirschberg fanden in der vergangenen Woche außerdem Versammlungen statt in: Bassen, Uphusen, Mahndorf, Daverden, Posthausen.**

Thedinghausen, 13. Nov. Thedinghausen und Emtinghausen rüsten sich, ihren Staatsminister zu empfangen. Kommenden Freitag, 19.30 Uhr, wird Minister Klagges zuerst in Dopps großem Saal in Thedinghausen und dann in Emtinghausen, in der Gastwirtschaft „Zum Goeben" sprechen. Als zweiter Redner ist Landtagsabgeordneter Alpers gewonnen, der auch als guter Redner gilt. — Trotzdem an beiden Plätzen die größten Säle gewonnen sind, wird damit gerechnet, daß kaum genügend Plätze vorhanden sein werden; zumal die Kundgebungen weit über den Rahmen einer lokalen Angelegenheit hinausgehen. Ueber den Verlauf der Kundgebung werden wir berichten. Staatsminister Klagges spricht über: „Politische, Wirtschafts- und Kulturfragen"; Alpers über: „Mißwirtschaft der früheren SPD.-Machthaber in Braunschweig."

Kirchenzettel

für Mittwoch, den 18. November 1931

Buß- und Bettag.

Bremische Evangelische Kirche.

A Stadtgebiet:

St. Petri-Dom: 10.15 Uhr: Pfalzgraf, Beckensammlung f. d. Gemeindepflege, 18 Uhr: Schäfer, Abendmahl, Beckensammlung f. d. Schwesternfonds. — **Haus Seefahrt:** 10.15 Uhr: Weidemann, 10.45 Uhr: Taufen derselbe. — **U. L. Frauen:** 10.15 Uhr: Grosscurth, Abendmahl; 18 Uhr: Willsen, Abendmahl. — **Aula Victor:** 9.30 Uhr: Willsen. — **St. Ansgarii:** 10.15: Bode, Abendmahl. — **St. Stephani:** 10: Rotenboom, Abendmahl; 18: Greiffenhagen, Abendmahl. — **St. Stephani-Gemeindehaus,** Sommerstr. 26 bis 28: 10: Vogt, Kirchenchor, Abendmahl; 18: Vogt, Abendmahl. — **Wilhadi:** 10: Arlt, Kirchenchor, Abendmahl; 18: Pietor, Abendmahl. — **Immanuel:** 10: Tiefenthal, Abendmahl; 18: Tiefenthal, Abendmahl. — **St. Remberti:** 10.15: Schomburg, 11.15: Abendmahl. — **St. Remberti-Gemeindesaal,** Buchenstr. 8: 10.30: Steudel. — **St. Michaelis:** 10.15: Haßländer, Sologesang, Abendmahl; 18: Lichtbildandacht; 20: Kirchenkonzert. — **St. Michaelis-Gemeindehaus,** Landshuterstraße 3: 10: Bertuleit, Abendmahl. — **Friedenskirche:** 10: Urban, Abendmahl E. K.; Kollekte f. d. Gemeinde-Winterhilfe; 11.45: Taufe, Urban; 18: Mießner, Gesang Frau Niekemann, Abendmahl G. K., Kollekte f. d. Gemeinde-Winterhilfe. — **St. Pauli:** 10: Piersig, Gesang des Kirchenchors, Abendmahl. 18: Mallow, Abendmahl. — **Hohentor** 10: Bode, Gesang des Kinderchors, Abendmahl. — **Zion:** 10: Kramer, Abendmahl. — **St. Jacobi:** 10: Lange, Abendmahl; 18: Lange, unter Mitwirkung des Gemischten Chores u. v. Frau Stolfa, Abendmahl. — **Gröpelingen:** 10: Ordemann, Abendmahl. — **Oslebshausen:** 10: Schmidt; 11.15: Abendmahl; 11.45: Kindergottesdienst. — **Hastedt:** 10: Rahm, Sologesang, Abendmahl E. K. Kein Kindergottesdienst. — **Walle:** 10: Klein, Abendmahl. — **Woltmershauser Christuskirche:** 10.15: Pröhl, Kollekte f. d. Seemannsmission, Abendmahl; 17: Kirchenkonzert. — **Rablinghausen:** 10: Refer, Kollekte f. d. Innere Mission, Abendmahl. — **Horn:** 10: Friedrich, Abendmahl. — **Grambke:** 10: Hoops, Abendmahl. — **Diakonissenhaus:** 10.30: Frick. — **Krankenanstalt:** 9.15: Heyne. — **Heil- und Pflegeanstalt:** 16.15: Reusche, Abendmahl; 20: Abendmahl, Reusche.

St. Ansgariikirche. Am Bußtagabend, 20 Uhr, findet die auf den Totensonntag ursprünglich angesetzte Vorlesung von Pastor Bode statt. Die Darstellung von Sterbestunden von Goethe, Frau Aja und T. A. Hoffmann sowie andere Sterbestundendarstellungen sollen gelesen werden. Herr Hoyermann spielt Cello. — Am Bußtag singt Resi Gibon das Bußlied von Schumann.

B. Landgebiet:

Arsten: 9.30: Wahle, Abendmahl. — **Borgfeld:** 10: Mohrmann. — **Mittelsbüren.** 10: Hoops, Abendmahl. — **Kirchhuchting:** 10: Wessels. — **Oberneuland:** 10: Reusche. 11: Beichte u. Abendmahl. — **Seehausen.** 10: Schmedes. — **Wasserhorst:** 10.30: Kandidat Schmalenbach. — **Altenheim-Osterholz:** 9 Reusche.

Der Vorstand des bremischen Lehrer-Vereins wird nervös!

Nun hats also eingeschlagen! Nämlich der Angriff unseres Pg. Kreickemeyer auf die drei Versuchsschulen und sein im Februar erschienener Artikel „Haben die Versuchsschulen noch Daseinsberechtigung". Diesem von unserer Weltanschauung getragenen Artikel konnte das aufgestöberte politische marxistische Federvieh nicht beikommen. Erst die für einen Erzieher doch recht eigenartige, ja schmutzig angewandte Methode der persönlichen Beleidigung, brachte den Stein ins Rollen. Wie der Beleidigungsprozeß endete ist unseren Lesern bekannt. Der beklagte Lehrer Lorbeer wurde zu zehn Mark Geldstrafe und zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt. Was diesen Prozeß aber so wertvoll werden ließ, das war nicht allein der Umstand der formalen Beleidigung, sondern die Tatsache, daß hier vor Gericht einmal erwiesen wurde — und das ist uns das Wesentlichere, daß

1. **Die Leiter der bremischen Versuchsschule Marxisten sind;**

2. Religionsunterricht — ganz wie es die Weltanschauung des Marxismus vorschreibt — nicht seelisch und innerlich erlebt gelehrt wird, sondern daß derartige wichtige Fragen **nur nebenbei** im Rahmen des Gesamtunterrichts gestreift werden. (Religionsunterricht steht auf keinem Lehrplan der drei Versuchsschulen);

3. Zahlreiche Lehrer der Versuchsschulen **Jugendweihe-Unterricht** geben und somit den Beweis liefern, daß diese „Lehrer" ihre Schulkinder klassenkämpferisch beeindrucken und fördern;

4. Pg. Scharrelmann, der die Erziehung der Kinder der Versuchsschule zur Zeit religiös untermauern wollte, politisch weltanschaulichen Zielen wegen weichen mußte.

Alles das ist naturgemäß den Herrn Marxisten so unangenehm, daß sie nach altem Rezept ein großes Geschrei anstimmen, um so nach außen hin den Eindruck zu erwecken, als sei alles das in Gefahr, was an Gutem die neue Methodik und Pädagogik gebracht habe. Das Rezept heißt auch hier wieder: „Haltet den Dieb". Damit nun ja die erzieherischen Kunststücke nicht in Gefahr geraten (wir wollen dabei ruhig verraten, daß solche schon erheblich unter die Räder gekommen sind) wird Tamtam geschlagen. Die **immer noch nicht verbotene Volkszeitung** hat schon herhalten müssen und wenn dieser Weg keinen richtigen Erfolg mehr verspricht, bedient man sich der Gewerkschaften. So auch jetzt. Es ist etwas wundersames um die geistige Regsamkeit der marxistischen Lehrerclique. Mit der beschädigten Erhabenheit eines marxistischen Spießrutenläufers wird so getan, als ob alle Mitglieder des bremischen Lehrer-Vereins den seitenlangen Artikel über den Prozeß Kreickemeyer contra Lorbeer vollinhaltlich decken, obgleich die 700 bis 800 Mitglieder wissen, daß **der Schriftleiter der bremischen Lehrer-Zeitung, der persönlich als Leiter einer Versuchsschule stark an diesen interessierte Sozialdemokrat Nevermann ist,** der vor Gericht als Zeuge den **weltlichen** Eid leistete und der in der Versammlung erklärte:

„daß der Religions-Unterricht vom Gesamtkollegium der Versuchsschule an der Helgoländerstraße abgelehnt worden sei."

Diese „herrliche" Gesinnung trifft sich ausnehmend gut mit dem, was der Führer der sozialdemokratischen Lehrervereine und Vorsitzender der Kinderfreunde-Bewegung, der sozialdemokratische Reichstagsabg. Dr. Löwenstein auf der Insel Namedy Pressevertretern erklärte:

„Es gibt bei uns einfach für die Kinder weder Gott noch Religion". So können wir bereits aus diesen wenigen aber bezeichnenden Symptomen — weitere Beweise haben wir überreichlich zur Verfügung, um Vorstehendes ergänzen zu können— erkennen, daß das **Erziehungsziel** dieser Herrschaften der seelenlose **kollektivistische Mensch** ist, eine Forderung des **kommunistischen Erziehungsideals!** Und so etwas ist Schriftleiter der bremischen Lehrer-Zeitung und — Lehrer. Wir wissen, daß ein Großteil der Mitglieder **des Lehrer-Vereins mit dem Herzen längst nicht mehr Auffassung, Weg und Ziel dieses Vereines billigen,** noch dem fettgedruckten letzten Satze des veröffentlichten Artikels in der Lehrer-Zeitung: **„daß Pg. Kreickemeyer bewußt Unwahrheiten gesagt und jetzt die bremische Lehrerschaft Kläger und Pg. Kr. Angeklagter sei",** beipflichtet oder sogar unterstützt. Hier wird einfach **ein Mißbrauch mit der Mitgliedschaft** getrieben, und man weiß auch in Lehrerkreisen ganz genau, meine Herren Marxisten vom Lehrer-Verein, was die so stark von Ihnen verteidigten Versuchsschulen für **eine sonderbare Stellung in unserem Schulwesen** einnehmen. Es ist daher — gelinde gesagt — eine Geschmacklosigkeit mit Ihrem Artikel den Anschein erwecken zu wollen, die bremische Lehrerschaft billige Ihre Einstellung. Das Gegenteil ist der Fall! Sind doch **eine große Anzahl** von Lehrer nund Lehrerinnen **nur noch** an den bremischen Lehrer-Verein **der wirtschaftlichen Vorteile wegen gebunden,** sei es nun durch **jahrelange Zahlung für die Krankenkasse oder Sterbekasse.** Wir wissen auch, daß die Versammlungen dieses famosen Vereins **fast nur von 20 bis 40 Mitgliedern** besucht werden. So bedeutet der anonyme Artikel weiter nichts als eine Irreführung der Oeffentlichkeit und wir kennen ganz genau die Methoden jener Leute, die sich nach außen hin mit dem Schein „des Freundes und Helfer der Kinder" umgeben, während in Wahrheit bewußt oder unbewußt in letzter Linie die volksmordende Fratze des alles Leben vernichtenden Bolschewismus verherrlicht wird. Schreiben Sie soviel Sie wollen, schlagen Sie sich gegenseitig besserer Einfälle wegen gegenseitig an die Köpfe, nehmen Sie alle Institutionen für die Abwehr nationalsozialistischer Angriffe in Anspruch; (auf den Artikel kommen wir noch näher zurück) es hilft Ihnen alles nichts mehr, — denn Sie sind erkannt.

Wegener.

Großer Bauernsieg in Oldenburg

Die am letzten Sonntag in Oldenburg stattgefundenen Wahlen zu dem oldenburgischen Landwirtschaftskammern, haben den Nationalsozialisten zu einem neuen grandiosen Sieg verholfen. Der oldenburgische Landbund hat in kluger und vorbildlicher Weise von der Aufstellung einer eigenen Liste abgesehen und seine Mitglieder angesichts des zu erwartenden Wahlsieges der Nationalsozialisten aufgefordert, ihre Stimmen nur den Nationalsozialisten zu geben.

Die Sitze verteilen sich:

Nationalsozialisten	23 Sitze
Bauernbund (Demokr.)	1 Sitz
Zentrum (Münsterland!)	12 Sitze

Verschiedene Blätter versuchen diesen Wahlerfolg dadurch abzuschwächen, daß sie von einer Listenverbindung NSDAP.—Landbund berichten. **Es sei hier aber nochmal betont, daß der Landbund von vornherein von der Aufstellung einer eigenen Liste Abstand nahm und die Parole der NSDAP. als für sich maßgeblich erklärte.**

BTZ

Einzelpreis 15 Pfennig

Donnerstag, 19. November 1931 • Nummer 158

SPD-Führer zur NSDAP übergetreten

Vor einigen Tagen ist der sozialdemokratische Fraktionsführer im Gemeindeparlament in Neustadt (Baden), Blasius Müßle, zur NSDAP. übergetreten. Müßle, der besonders im Hochschwarzwald unter den Bauern großen Anhang hat, gehörte früher zu den eifrigsten Bekämpfern der nationalsozialistischen Idee.

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber: Kurt Thiele Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878

Die BTZ erscheint jeden Werktag u. kostet RM. 1,90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Aussperrung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10gesp. Nonp.-Zeile Rm. 0,25, auswärts Rm. 0,30, im Textteil die 4gespalt. Textzeile Rm. 0,80, auswärts Rm. 1,—. Stellengesuche u. Familien-Anzeigen Rm. 0,10, Kleine Anzeigen Rm. 0,15. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Warum keine Bürgerschaft?

Fürchten sich Senat u. Regierungsparteien vor der Verantwortung?

Die nächste Sitzung der Bürgerschaft um eine Woche verschoben!

Wenn die Bremer Bevölkerung bisher schon für die ganzen letzten Bürgerschaftsverhandlungen kein Verständnis mehr zeigte, so muß man wohl sagen, daß bei Bekanntgabe der Aufschiebung dieser fieberhaft erwarteten Bürgerschaftssitzung die Geduld der Bremer Bevölkerung doch allzusehr auf die Probe gestellt wird. —

Ganz Bremen hat bestimmt damit gerechnet, daß in der kommenden Bürgerschaftssitzung der jetzige **Senat durch einmütigen Beschluß aller deutschdenkenden Vertreter des Landtages** abgesetzt wird, nachdem keiner dieser Herren den Mut aufbringen konnte, von sich aus, aus einem Amt zu scheiden, das länger zu verwalten er nach dem Erlebten und Versäumten weder fähig, noch berechtigt war. —

Handelte es sich bisher darum, diesem Senat das höchste Mißtrauen in finanzieller und verwaltungstechnischer Beziehung auszusprechen, nachdem unter seiner glorreichen Tätigkeit die Finanzen und der der gute Ruf Bremens in Grund und Boden gestampft sind, so haben die traurigen Ereignisse der letzten Woche obendrein noch den Beweis erbracht, daß diese Regierung überhaupt nicht mehr die Kraft aufbringen kann, zu regieren.

Wer regiert in Bremen? Mord und Totschlag in den Straßen; Reichsbanner unter Führung von marxistischen Polizeibeamten. Was sagt zu alledem der regierende Bürgermeister — —?

Es ist soweit gekommen, daß anständige Menschen bei einbrechender Dunkelheit ohne für Gut und Leben besorgt sein zu müssen, nicht mehr über Bremens Straßen gehen können. — Der Meuchelmord lauert mit dem geräuschlos arbeitenden Dolch in den zahlreichen dunklen Gängen und Türnischen mitten in Bremens Mauern; Meuchelmord, der durch aufreizende Zeitungen, deren eine auch sogar von Regierungsseite aus als „Regierungsblatt" bezeichnet wurde, heraufbeschworen ist. —

Mit geballten Fäusten geht der Bremer durch die Straßen, nur noch mühsam niedergedrückt durch die einseitig angewandten Notverordnungen. — Wie leicht kann die andere Seite einen Funken in dieses Pulverfaß werfen und die Explosion herbeiführen, und das sonst so ruhige und friedliche Bremen in die Flammen des Bürgerkrieges hineinreißen.

Wie wenig wert ein dem politischen Mord zum Opfer gefallener Deutscher dem Bremer Senat doch ist! Wir sehen dieses an den Litfaßsäulen. — Für die Ergreifung eines Mörders an einer Dirne wurden in anderen Plätzen Belohnungen von 5000 Rm. ausgesetzt, für die Ergreifung eines Mörders an einem deutschen Arbeiter hat man sich zu 500 Reichsmark aufgeschwungen! Für 500 Mk. verrät kein Mordkumpan seinen Genossen, man verdient ja im Dienste der Sache schon mehr!!!

Das Volk versteht diese Sprache allzu deutlich. — Die „regierenden Köpfe" Bremens scheinen mit den Sorgen um ihre eigene finanzielle Krise kein Verständnis mehr für die Volksseele zu haben. —

Wir sind fest überzeugt, daß der Mord an dem nationalsozialistischen Arbeiter Decker bis ein Volksgericht alle Schuldigen zu richten hat, genau so ungesühnt bleiben wird, wie der Mord an dem Nationalsozialisten Gossel.

In der Bürgerschaftssitzung dieses Freitags sollte und mußte der Senat verschwinden. — Er wird uns noch 8 Tage, vielleicht auch länger, erhalten bleiben. —

Was hält ihn? Was hält die Männer davon zurück, die Konsequenzen zu ziehen? Treten sie nicht freiwillig zurück, weil sie dann ihrer Pensionen verlustig gehen?

Die Bürgerschaftssitzung wird verschoben und dies ist nach Aussage der Schünemann-Presse nur zu begrüßen. Sehr verständlich für diese Herren!

An das Vertuschungssystem hat man sich in Bremen ja gewöhnt. Nur Zeit gewinnen, bedeutet für die Vertreter des heutigen Systems, alles gewinnen. —

Meine Herren, das war wohl möglich in einer Zeit, da der größte Teil der Bremer Bevölkerung aus feisten satten Bürgern bestand; nicht aber in einer Zeit, wo Hunderttausende in Not und Elend versinken, wo Frau und Kind nach Brot jammern.

Acht Tage diese Regierung länger bedeutet für unser Volk acht Tage Not und Elend länger, acht Tage Lug und Trug länger, acht Tage, in denen der letzte Lebenssaft aus dem deutschen Volkskörper länger in die Taschen der Bonzen und Nutznießer des alten Systems ungehemmt fließt, acht Tage in denen es möglich ist, noch gründlicher die Spuren der Mißwirtschaft zu verwischen, acht Tage in denen vielleicht noch mehr Blut in der Terroraktion gegen die aufrechten Kämpfer fließen kann.

Meine Herren, die Wunden, die ihre Mißwirtschaft geschlagen, wird keine Zeit heilen; Generationen hindurch wird die Wunde offen bleiben für unser Volk, die ihre Regierungskunst in die Finanzen des Bremer Staates geschlagen hat. — Keine Zeit wird jemals die Toten erwecken, aber auch nicht dieselben aus unserem Gedächtnis auswischen, die unter ihrer macht- und kraftlosen Regierung gefallen sind.

Heute kämpft das System um „wohlerworbene Rechte", um Gehalt und Pensionen. Das deutsche nationalsozialistische Volk wird dereinst diese „wohlerworbenen Rechte" in wohlverdientem Umfange auszahlen.

Deutschland ist erwacht und kann selbst nicht durch Mord und Totschlag noch einmal in den marxistischen Traumzustand versetzt werden; von denen aber, die dieses System verkörpern, wird genau so, wie von denen die es gestützt und solange an der Macht gehalten haben, Rechenschaft gefordert werden. Ihnen allen wird das „wohlerworbene Recht" werden.

Auch die Bremer Bevölkerung ist endlich erwacht. — Die Bremer Bevölkerung wird entscheiden, ob der Marxismus oder der Nationalsozialismus in Zukunft Bremens Geschicke lenkt. — Bremen ist in der glücklichen Lage, nicht das schwarze Zünglein an der Waage befürchten zu müssen. — Bremen wird reinen Tisch machen mit den schwammigen Mittelparteien, die Bremens Ruf und Bremens Wohlstand, Bremens Ruhe und Frieden vernichtet haben. — Die Politik Bremens wird in Zukunft nicht mehr an den Stammtischen des Ratskellers gemacht werden. Wer den Marxismus unterstützt, soll mit ihm getroffen werden! Wer uns die Hand reicht zum Kampf für Ehre, Freiheit und Brot, soll unser Freund sein! Noch ist es Zeit; das Volk wird richten!

Kein Einschreiten gegen das Reichsbanner!

Die Staatsanwaltschaft schlägt das Verfahren nieder!

Noch steht die ganze Bremische Bevölkerung in kaum gezügelter Empörung unter dem Eindruck der Mordnacht vom 9. November, der noch durch die **unverständliche Verschiebung der Bürgerschaftssitzung** verstärkt wurde, und schon hören wir von einer neuen Nachricht, die wiederum nur dazu angetan ist, unser Mißtrauen gegen das System zu verstärken. Die Staatsanwaltschaft Bremen hat das Verfahren gegen die Bremer und Hamburger Reichsbannerleute eingestellt, die am Sonntag, 11. Oktober mit einigen 100 Mann über einen kleinen SA.-Trupp am Friedrich-Ebert-Haus hergefallen sind. Das Reichsbanner war scheinbar nur zu diesem Zweck aus Hamburg herübergekommen und ist dann über einzelne SA.-Leute **mit Spaten Eisenstangen, Gummiknüppeln und Messern hergefallen.** Unsere SA.-Leute waren unbewaffnet und konnten sich nur mit Schulterriemen und Koppeln zur Wehr setzen. Eine Reihe von erheblich Verletzten mußten wir beklagen, weil die blaue Polizei viel zu spät eintraf und auch der Ueberfallwagen erst aus der Staderstraße herankommen mußte.

Wir mußten bestimmt damit rechnen, daß eine große Zahl von Reichsbannerleuten wegen schweren Landfriedensbruchs vor Gericht zur Verantwortung gezogen werden würden. Bei dieser Gelegenheit hätte dann **auch die Machenschaft des Polizeibeamten Vogt** aufgeklärt werden können. Aber die Staatsanwaltschaft hat, wie wir hören, das Verfahren eingestellt und **keiner der Täter wird vor Gericht gestellt werden.**

Schon einmal haben wir darauf hinweisen müssen, daß **die Bremer Staatsanwaltschaft gern überflüssige Fühlung mit dem Senat aufnimmt** und sich von ihm über einzuschlagende Schritte beraten läßt. Wir stellen daher lediglich die Anfrage an die Staatsanwaltschaft und an Herrn Oberstaatsanwalt Drechsler, ob **auch in dieser Frage und mit wem Fühlung über die Verfolgung der Reichsbannertäter genommen wurde.** Minister Groener hat gerade jetzt ein rücksichtsloses Durchgreifen gegen Terrorakte gefordert! Wir glauben kaum, daß das Verhalten der Bremer Staatsanwaltschaft diesen ministeriellen Wünschen entspricht!

Man sollte bei diesen Untersuchungen auch nicht über Kleinigkeiten stolpern und alles vergeben und vergessen sein lassen, wenn sich der äußere Hergang des Ueberfalls nicht mehr in allen Einzelheiten rekonstruieren läßt. Auf den irgendwie in die Tat umgesetzten

Willen zum Terror, zum Niederschlagen der „Faschisten", wo man sie trifft,

kommt es an, und daß dieser beim Reichsbanner in ausgeprägtester Form vorhanden ist, das wird doch die Bremer Staatsanwaltschaft auch begriffen haben. Oder sollten ihr die **täglichen Morddrohungen** der Marxisten entgangen sein? Wir empfehlen in diesem Fall **die Lektüre der Volkszeitung** und den Besuch marxistischer Versammlungen. Im übrigen können aber auch

der vom Staate besoldete Jugenderzieher Drees oder die zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordangestellten Polizeibeamten Noch und Vogt einschlägige Auskunft erteilen.

Wir werden uns durch das Schweigen des Senates und die Zurückhaltung der Staatsanwaltschaft nicht dazu verleiten lassen, unsere Forderungen auf gründliche Untersuchung der Reichsbanner-Ueberfälle und deren Drahtzieher einzustellen. Wir werden auch mit der uns eigenen Rücksichtslosigkeit darauf dringen, daß die Ermordung unseres Kameraden Decker ihre Sühne findet und zwar nicht nur an dem Täter selbst, sondern auch an **all den Hintermännern, die vom Schreibtisch oder Motorrad aus** den Mordüberfall geleitet haben.

Aus diesen Gründen wird sich die nächste Bürgerschaft mit verschiedenen nationalsozialistischen Anträgen, Anfragen und Interpellationen zu beschäftigen haben, so mit dem Antrag, daß Staatsbeamte, die Mitglieder der Bürgerschaft sind, nur zu ihrer eigentlichen parlamentarischen Tätigkeit und nicht zu sonstiger Organisationsarbeit Urlaub erhalten. Der Staat kann kein Interesse daran haben, **einen Lehrer zu besolden,** der eine Mordorganisation des Reichsbanners leitet.

Wir werden den Senat fragen, ob die Polizeidirektion gegen die Beamten Vogt und Jendrasch (der kleine dicke blaue Wachtmeister) etwas unternommen hat, die in der Mordnacht ihre Pflichten als Polizeibeamte gröblichst verletzt haben. Schließlich werden wir folgende Interpellation einbringen:

In der Nacht vom 9. zum 10. 11. 1931, sperrte die Polizei das Volkshaus straßenseitig ab und forderte die Kriminalpolizei zur Durchsuchung nach Waffen und Tätern an. Die Kriminalpolizei traf erst nach nahezu einer Stunde ein, so daß Gelegenheit gegeben war, belastendes Material und Personen rechtzeitig verschwinden zu lassen.

Die Ueberraschung des polizeilichen Eingreifens wurde dadurch wieder aufgehoben. Obendrein erfolgte die verspätet vorgenommene Durchsuchung in so kurzer Zeit, daß bezweifelt werden muß, ob die angesichts obiger Tatsache nötige Gründlichkeit überhaupt beabsichtigt war.

Besteht für die Kriminalpolizei kein Bereitschaftsdienst?

Warum erfolgte die Durchsuchung nur oberflächlich?

Wer ist für das Versagen der Kriminalpolizei verantwortlich?

Ist der Senat bereit, den verantwortlichen Beamten sofort seines Dienstes zu entheben und zur Verantwortung zu ziehen und durch einen Beamten zu ersetzen, der diesen Aufgaben gewachsen ist?

Die Koalitionsparteien in Bremen sollen sich nicht der Hoffnung hingeben, daß durch Verschiebung der Bürgerschaft ihnen eine Auseinandersetzung erspart bleibt, die ihnen schon heute schlaflose Nächte bereitet. Der Senat wird auch sich darüber schlüssig werden müssen, wie die Eltern von Wilhelm Decker unterstützt werden, die ihren ältesten Ernährer verloren haben.

Wenn sich die Bürgerschaft in dieser Woche um diese Fragen mit Erfolg gedrückt hat, so wird sie das nächste Mal sich mit ihnen beschäftigen müssen. —art.

Wird der Senat durchgreifen?

Groener zu Hitlers umfangreichem Material

Berlin, 18. Nov. Auf der Konferenz der deutschen Innenminister kam Reichsinnen- und Wehrminister Groener auch auf die Bitte Hindenburgs zu sprechen, **den politischen Mordtaten besondere** Aufmerksamkeit zuzuwenden. Er führte u. a. aus:

„In erster Linie ist gegenüber den Terrorakten, Morden und anderen Gewalttätigkeiten an politischen Gegnern, die zu einer Kulturschande für Deutschland geworden sind, ein schärferes Zupacken unbedingt erforderlich. Es ist dringend erforderlich, daß **Polizei und Justizbehörden alles tun, um weitere solche Terrorakte zu verhüten** oder die Täter einer raschen und harten Bestrafung zuzuführen. Hier muß mit aller Energie zugegriffen werden. Wir müssen in unserer Besprechung Maßnahmen erörtern, durch welche dieser Mordseuche entgegengetreten werden kann. Der Reichspräsident hat mich gebeten, den politischen Mordtaten meine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. **Außerdem habe ich gestern von Herrn Hitler umfangreiches Material darüber erhalten, das ich sorgfältig prüfen und den Landesregierungen zur Kenntnis bringen werde.** Weitere Maßnahmen, auch nicht polizeilicher Art, behalte ich mir vor, und werde hierüber mit den Landesregierungen in Verbindung treten.

Eine besondere Aufmerksamkeit verdient weiter **die von der Kommunistischen Partei in größtem Umfange betriebene Zersetzungstätigkeit in Reichswehr und Polizei.** Breschen, die hier in das Staatsgefüge geschlagen werden, können von unabsehbaren Folgen sein. Wir können uns nicht damit zufrieden geben, daß bis jetzt solche Zersetzungsversuche an dem festen Gefüge von Reichswehr und Polizei abgeprallt sind. Unsere Aufgabe muß es sein, solche Versuche zu verhindern. Ich habe kürzlich beim preußischen Innenminister angeregt, der kommunistischen Zersetzungsarbeit durch zentrale polizeiliche Abwehrmaßnahmen entgegenzuwirken."

Wir Nationalsozialisten geben uns natürlich nicht den allergeringsten Hoffnungen hin, daß Bremen im Sinne Groeners handeln wird. Unser Mißtrauen gegenüber dem Senat bleibt wach!

Eine amerikanische Denkschrift

Revision der interalliierten Schulden nach Verständigung über deutsche Reparationsleistungen

Newyork, 19. Nov. Wie **„Newyork Herald Tribune" in sensationeller Aufmachung mitteilt, hat die Washingtoner Regierung am Dienstag abend der amerikanischen Botschaft in Paris auf dem Kabelwege eine Denkschrift zugestellt, die in Ergänzung und Erweiterung der Hoover-Laval-Verlautbarung die Haltung Amerikas in der Schuldenrevisionsfrage klar umreißt. Danach sind die Vereinigten Staaten bereit, die Frage der interalliierten Schulden wieder aufzurollen, sobald Europa über die Zukunft der deutschen Tributleistungen sich verständigt hat.**

„Newyork Herald Tribune" erklärt, die Denkschrift sei abgeschickt worden, nachdem die Pariser Botschaft das Staatsdepartement von dem bevorstehenden erfolgreichen Abschluß der deutsch-französischen Verhandlungen unterrichtet habe. Amerika halte daran fest, daß die Tributleistungen und die interalliierten Schulden gesondert zu behandeln seien. Der Kongreß, der letzten Endes über die Neuregelung der Schuldenabmachungen zu befinden habe, sei an den Tributzahlungen rechtlich uninteressiert, was allerdings nicht besage, daß der Kongreß seine Entscheidung nicht schließlich doch von dem Ausmaß der Herabsetzung der Tributleistungen beeinflussen lassen werde.

Katzenellenbogen wieder frei!

Berlin, 17. Nov. Ueber die überraschende Haftentlassung Katzenellenbogens wird bekannt: Auf Antrag der Verteidiger Katzenellenbogens ist am Dienstag vom Untersuchungsrichter Haftprüfungstermin anberaumt und abgehalten worden. Die Verteidiger hatten Haftentlassung Katzenellenbogens gegen Sicherheitsleistung von **100 000 Mark** beantragt, gegen den Widerspruch der Staatsanwaltschaft, die **eine Sicherstellung von 500 000 bis 600 000 Mk. für erforderlich** hielt? Der Untersuchungsrichter hat beschlossen, Katzenellenbogen unter Aufrechterhaltung des gegen ihn erlassenen Haftbefehls **mit der weiteren Untersuchungshaft zu verschonen (!)** und zwar gegen die Sicherheitsleistung von 100 000 Rm.

Sturm auf Nazi-Baracken

Clausthal-Zellerfeld, 18. Nov. Am Dienstag abend kam es in der Siedlung Pfauenteiche zu einem Zusammenstoß und Schießerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Infolge des raschen Eingreifens der Polizei ist es zu größeren Kampfhandlungen nicht gekommen. Die behördlichen Ermittelungen haben ergeben, **daß die Nationalsozialisten in ihren Wohnbaracken von Kommunisten angegriffen und auch beschossen worden sind. Im Verlaufe der Haussuchung wurden bei Kommunisten drei Jagdgewehre, sechs Revolver, sechs Seitengewehre und eine große Anzahl Munition gefunden.**

Sie lehnen den Terror ab? Und was sagt Herr Groener dazu?

Gemetzel in Portugiesisch-Guinea.

Wegen eines Schweinediebstahls (!) kam es in Portugiesisch-Guinea zwischen Eingeborenenstämmen zu einem furchtbaren Gemetzel, dem Hunderte von Eingeborenen zum Opfer fielen.

Kleine Chronik

Strafanzeige gegen das Bankhaus Paul Schlesinger, Trier u. Co.

Das Vergleichsverfahren der vor etwa zwei Jahren insolvent gewordenen Bankfirma Paul Schlesinger, Trier u. Co. in Frankfurt a. M. ist immer noch nicht zu Ende geführt. Auf Anzeige der Schweizerischen Creditanstalt hat die Staatsanwaltschaft jetzt die Voruntersuchung gegen die Inhaber wegen Bilanzfälschung, Unterschlagung und Untreue eröffnet.

500 Japaner an der Nonnibrücke gefallen

Schanghai, 16. Nov. Wie aus Nanking gemeldet wird, hat General Ma die Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß in den letzten Kämpfen am Nonnifluß auf japanischer Seite 500 Mann gefallen sind. — Aus Korea ist von den Japanern ein Flugzeuggeschwader nach dem Kampfschauplatz entsandt worden. Die Stärke der in den letzten zwei Tagen nach Mukden entsandten neuen japanischen Truppen wird mit 10 000 Mann angegeben.

Nach Berichten aus Tokio hat das japanische Außenministerium eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, daß der ehemalige chinesische Kaiser, der bisher in der japanischen Konzession gelebt hat, „spurlos verschwunden sei".

Stoewer-Werke pleite

Die bekannte Autofabrik Stoewer-Werke AG., Stettin, hat ihre Zahlungen einstellen müssen. Noch vor wenigen Wochen hatte man versucht, durch einen radikalen Lohnabbau das Unternehmen zu sanieren, und konnte auf diese Weise den Betrieb bis jetzt weiterführen. Nunmehr ließ sich das bittere Ende nicht länger aufhalten.

Wieder ein Zeitungsverbot.

Die rechtsstehende „Leobschützer Volkszeitung" ist wegen der Wiedergabe einer Entschließung, die in einer Bauernkundgebung gefaßt wurde, auf die Dauer von sechs Wochen verboten worden.

Eine ganz besondere Gemeinheit

Wir sollen Decker erstochen haben!

Wir haben in den letzten Monaten schon allerlei von politischer Hetze, von Lügen und Gemeinheiten über uns ergehen lassen müssen. Meist waren uns die Schmierfinken, ganz gleich ob sie bei der Volkszeitung oder sonstwo ihre dicken Bonzengehälter bezogen, zu schmutzig und erbärmlich, als daß wir uns mit ihren Persönchen oder mit ihrem Dreck auseinandergesetzt hätten. Seien es Kommune oder Sozis, beide fühlen sich gleich wohl im Dreck und im Schlamm. Wie gesagt, wir haben allerlei erlebt, allerlei marxistische Schweinereien gesehen, und ganz besonders im Anschluß an die Mordnacht vom 9. November 31 und an den Soldatentod unseres treuen Wilhelm Decker schlugen die Schmutzwellen wieder hausho[ch], und der Volksfeind geiferte und schmierte.

Gestern fiel uns nun ein Schmier in die Hände, und wir müssen gestehen, daß uns damit der Höhepunkt marxistischer Schweinereien in die Hände gefallen ist.

Existiert da in Berlin unter Ausschluß der Oeffentlichkeit ein kommunistisches Blättchen „Arbeiterpolitik" und zwar als kümmerliches Organ der kommunistischen Opposition unter der Regie eines Thalheimers. Dieses Blättchen tut sich sonst was auf seine Objektivität, plaudert manchmal auch in kleinlichem Konkurrenzneid auf die KPD. aus der Mörderorganisation, geifert links und rechts um sich, schimpft auf die SAPD., geht mit ihr in Hessen Listenverbindungen ein, nimmt, wie alle diese Kapitalistenfresser dicke Anzeigen, wenn es sie manchmal bekommt, und in jeder Nummer, und das ist die Hauptsache, bringt es den üblichen blutigen Nazi-Ueberfall mit der Moral: „Bildet überparteiliche Abwehr!" (Zuhälter aller Länder vereinigt euch!) Beispielsweise nannte sie Braunschweig ein zweites Bologna, da dort wie in Italien, die Faschisten zum ersten Male eine ganze Stadt überfallen hätten!!

Dieses, von keinerlei Sachkenntnis getrübte Papier hat in einigen Städten ein paar von ihrer Sekte sitzen, die ihm durch lange und unglaubliche Berichte über den Stoffmangel hinwegheIfen. Da schreibt also gestern in der Nummer vom Mittwoch, den 16. November der Bremer Freund dieses Papiers wohlweislich ohne seinen Namen zu nennen, einen Bericht über den feigen Ueberfall des Reichsbanners auf unsere SA. Der Bericht ist einfach haarsträubend zurechtgemacht, und wenn wir mehr Platz zur Verfügung hätten, würden wir ihn ganz abdrucken. Was uns sehr dabei interessiert, nimmt die ganze Schilderung ihren Ausgang in der Friedensversammlung, in der der kleine Häuptling der SADP Stockinger gedroht hatte, daß in vier Wochen kein Braunhemd mehr in Bremen zu finden sei! Das bestärkt unsere Vermutung, daß hier der Ausgangspunkt der ganzen Ausschreitungen zu suchen ist, und wir werden uns das merken!

Aber zum Beweis, daß in dem Bericht der Höhepunkt der gemeinsten Hetze zu sehen ist, die in letzter Zeit überhaupt über uns ausgegossen worden ist, wollen wir einen einzigen Abschnitt aus diesem Saubla[tt] abdrucken, damit sich unsere Leser einen Begriff von der Verkommenheit unseres Gegners überzeugen kann. Schreibt da die Arbeiterpolitik zum Ende ihrer Schilderung:

Eigenartig mutet ferner die Tatsache an, daß der erstochene Georg Decker bis zu seinem Tode Mitglied des deutschen Holzarbeiterverbandes war, noch bis zum Sechtember regelmäßig seine Arbeitslosenunterstützung bezog und im Sommer dieses Jahres auf Aufforderung von Funktionären des Holzarbeiterverbandes eine schriftliche Erklärung unterschrieb, sich von den Nationalsozialisten trennen und dem Holzarbeiterverband die Treue halten zu wollen. Bei der bekannten Femepraxis der Rechtsradikalen darf man mit Recht die Vermutung aussprechen, daß hier ebensogut die stillschweigende Erledigung eines unbequemen Mitwissers der sasch.istischen Mord- und Putschpläne vorliegen kann.

Zu einer solchen unmenschlichen Gemeinheit sind wir augenblicklich nicht in der Lage, die passende Antwort zu erteilen. Der Name unseres Toten ist uns auch zu einer Auseinandersetzung zu heilig. Aber das versichern wir, einmal kommt der Tag, an dem wir, an dem unsere SA.-Männer euch gemeinen Tieren die rechte Antwort, das passende Kommentar hierauf erteilen werden.

Wir treten das Erbe Wilhelm Deckers an. Wir warten auf den Tag, den unser Toter sich ersehnte und für den er starb. Dann werden wir zu Gericht sitzen, und dann wehe euch!

Dr. Ochoa freigesprochen

Der Strafprozeß gegen den früheren Konsul Ochoa, der die Große Strafkammer unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Töwe noch eine ganze Woche beschäftigen sollte, hat am Sonnabend abend überraschenderweise mit einem Freispruch des Angeklagten geendet. Das erste Urteil, das auf ein Jahr Gefängnis lautete, war auf einen Indizienbeweis aufgebaut, von dem man damals annahm, er sei lückenlos. Ohne näher auf die Verhandlung einzugehen, wollen wir noch einmal referieren, wie es möglich war, daß sich überhaupt der Verdacht auf Ochoa lenkte. Im Konkursverfahren Sülter kam ans Licht, daß 70 000 Mk. von S. irgendwie an die Seite gebracht worden waren. Eine Woche später erschien eine gleich große Summe im Guthaben des Freundes von S., nämlich Ochoas. Ochoa machte sich durch ein Benehmen verdächtig, das dem Gericht damals Grund gab, an seinem guten Gewissen zu zweifeln. Und dann war da die „unbekannte Dame", die an der Börse spekuliert haben sollte. Die, so gab S. an, habe das Geld von ihm erhalten, um die Verluste zu decken, die der schwarze Freitag ihr gebracht habe. Der oder die große Unbekannte verursachen den Richtern keine schlaflosen Nächte, sie geistern durch zu viele Prozesse, als daß sie die Instanzen sonderlich beeinflussen könnten. Auch im Prozeß Ochoa glaubte man S. das Verhältnis mit der unbekannten Dame nicht, wohl aber glaubte man an eine sehr nahe Verbindung Ochoas mit der Frau von S. So kam es zur Verurteilung des Angeklagten, der mit dem unbewegten Gesicht des Südländers seine Unschuld beteuerte. Das Fremdartige sprach auch mit gegen den Angeklagten, man konnte ihm nicht in die Seele sehen, weil er eben anders ist als wir, teils kindhaft hilflos, teils mit scharfen Verstand auf Auswege sinnend, aber immer fremd, so sitzt er vor seinen Richtern, die nicht der gleichen Rasse sind, wie er. Er versteht sie ebensowenig wie sie ihn, er schüttelt leise mit dem Kopf, wenn ihm etwas nicht begreiflich ist, so, als der Erste Staatsanwalt Dr. Wrede ihm vorhält, daß er seinem früheren Freunde Ochoa gegenüber zum Verräter geworden sei. Das verstand er nicht, daß er nicht im Recht sei, als er seiner Regierung Mitteilung machte von den unrechtmäßigen Ertragebühren, die Ochoa für sich erhoben hatte. Daß aber Ochoa ihm daraufhin „calabresische Blutrache" zugeschworen hatte, und in der ersten Instanz aus diesem Grunde gegen seinen früheren Freund Ochoa ungünstig aussagte, das verstanden wiederum die deutschen Zuhörer im Gerichtssaal nicht.

Die sensationelle Wendung nahm der Prozeß vor der Großen Strafkammer, als die Rechtsanwälte Dres. B. u. A. als Zeugen vernommen werden. Beide sagten übereinstimmend aus, daß eines Tages zu ihnen ins Büro ein Her gekommen sei, der sich als der Bankprokurist ausgegeben habe, der die „ominöse Dame" zum spekulieren veranlaßt habe. Die Kontos seien verschleiert geführt worden. An dem berüchtigten schwarzen Freitag habe die Dame den Kopf verloren, sie habe (wie alle Spekulanten) an diesem Tage viel verloren und habe, um die Verluste abdecken zu können, Wechsel ausgestellt, die er mit fingiertem Namen auf Unbekannt gezogen habe. Dr. A. ist dann am anderen Tage zu der betreffenden Großbank gegangen und hat sich erkundigt, ob es einen Prokuristen des betreffenden Namens gebe. Er erhielt die Antwort: „Ein Prokurist dieses Namens ist nicht bei unserer Bank." Nach näheren Erkundigungen wurde festgestellt, daß tatsächlich früher ein Herr, der so hieß, in leitender Stellung dort angestellt war. Als Dr. A. sich nach diesem Gespräch mit dem Bankangestellten umdrehte, habe der betreffende Herr hinter ihnen gestanden und auf Vorhaltungen erwidert, daß er die falschen Angaben gemacht habe, damit seine Urkundenfälschung nicht ans Licht käme, er habe sich vor Nachfragen bei der Bank sichern wollen. Durch diesen zweiten Unbekannten wurde die Existenz der unbekannten Dame klar erwiesen. Verteidiger und Staatsanwalt verzichteten, da ja nun die Angaben des S. an Wahrscheinlichkeit gewonnen haben, auf eine weitere Beweisaufnahme. Zwar ist die volle Wahrheit nicht ans Licht gekommen, aber es steht hier ja nicht die Frage zur Verhandlung: Wo sind die 70 000 RM. Sülters hingekommen? Die Schuld Ochoas war zu beweisen und die konnte nun nicht mehr bewiesen werden. Der Freispruch war erwartet und wurde verkündet. Unter dem Glockengeläute, das den Bußtag ankünden sollte, plädierten Staatsanwalt und Verteidiger. Dr. Ehlermann-Oldenburg, vor allem fand Worte, die von hoher sittlicher Warte aus den Charakter Ochoas würdigten. Er kennzeichnete den Indizienbeweis als den Vater des Justizmordes. Beinahe sei ein Unschuldiger, an den trotz allem seine Freunde nie gezweifelt hätten, vernichtet worden.

Landgerichtsdirektor Dr. Töwe betonte in der Urteilsbegründung, daß auch ohne das Erscheinen des Bankprokuristen mit einem Freispruch hätte gerechnet werden müssen, da der Indizienbeweis nicht lückenlos geschlossen sei.

Das Leben hat hier einen Kriminalroman gedichtet, der fesselnder für den Außenstehenden ist, als jeder andere von Menschenhand geschriebene. Der Teppich des Lebens ist bunt gewirkt, das vergißt man nur zu leicht im Dickicht der Paragraphen. Hier konnte ein Unrecht in zweiter Instanz gutgemacht werden. Wie aber, wenn in diesem Winter unseres Mißvergnügens und der Brüningschen Notverordnungen solch ein Fall mit einer Verurteilung endet? Es gibt für größere Prozesse keine zweite Instanz mehr, was wäre mit Ochoa geschehen, wenn er heute zum erstenmal vor seinen Richtern stände?

— E. M. K.

Weitere Stadtnachrichten

Um die Alte Schleuse in Bremerhaven

Zu der Schließung der Alten Schleuse wird aus Fischereikreisen u. a. mitgeteilt, daß die Absicht, aus dem vorläufigen Notbehelf einen Dauerzustand herzustellen und die direkte Zuwegung zum Alten Hafen endgültig zu beseitigen, auch bei voller Würdigung der angespannten bremischen Finanzlage, wie den hiermit verbundenen Einsparungserfordernissen nicht gebilligt werden könne. Eine Durchführung derartiger wirtschaftsfremder Projekte würde den heute noch wesentlichen Verkehr am Alten Hafen unvermeidlich lähmen und unterbinden, früher oder später aber die Abwanderung der mit dem Alten Hafen zusammenhängenden Wirtschaftsbetriebe zur Folge haben. Die Physiognomie der Schicksalsverbundenheit der Bremerhavener und Wesermünder Wirtschaft, insbesondere des Fischereigewerbes, fordert zwingend die Beseitigung des jetzigen unhaltbaren Zustandes und eine direkte, störungsfreie Verbindung der Häfen durch ein Ausfalltor, zum mindesten aber unbedingte Klärung der künftigen Gestaltung, nicht aber eine Erschwerung der Lebensmöglichkeiten oder gar Erweiterung der bisher bestehenden Ungleichheiten im Existenzkampf. Bei der am Alten Hafen ansässigen Wirtschaft handelt es sich nicht nur um die Hochseefischerei mit 27 Fischdampfern und deren Hilfsbetrieben, den umfangreichen und lebenswichtigen Fischhandel, sowie die Fischindustrie, die Kleinschiffahrt, sondern auch um die Firma Schuchmann mit 110 in Fahrt befindlichen Schiffen, die von dieser Frage berührt wird, sowie eine erhebliche Anzahl kleiner und mittlerer Gewerbebetriebe.

Siedler schreiten zur Selbsthilfe.

Nordhorn, 19. Nov. Das Beispiel der Stadtsiedler, durch staatliche Einwirkung ihre Zinsen herunterzudrücken, hat auch die Mieter anderer Siedlungsstellen bestimmt, eine ähnliche Aktion einzuleiten. Die Siedler der Gem. Wohnungsbau-Gesellschaft forderten eine Ermäßigung um 40 v. H., und nach lägeren Verhandlungen sind ihnen 10 v. H. bewilligt worden. Mit diesem Nachlaß geben sich die Siedler jedoch nicht zufrieden, sondern wollen geschlossen die Verträge aufkündigen.

Kleidersammlung.

Am vergangenen Sonntag ist der 3. Sammeltag der 2. Kleidersammlung ebenso gut verlaufen, wie die beiden vorhergehenden. Diesmal sammelten in den Bezirken Utbremen, Horn, Schwachhausen, Parkviertel, Bahnhofsvorstadt und Walle die Jungmännervereine Immanuel, Willehad und Eckart, die Jungmannschaft der Friedensgemeinde, der Jungdeutsche Orden, Pfadfinder Horst, der Bund der Kaufmannjugend, der Turnverein Gut Heil und der Christliche Verein junger Männer in Walle. Allen Hausfrauen, die gespendet haben, allen Helfern, die gesammelt haben, allen denen, die für die Beförderung gesorgt haben, herzlichen Dank! — Infolge des großen Bezirkes und der sehr reichlichen Spenden dauerte diesmal die Sammlung bis 3 Uhr an.

Wovor sie am meisten Angst haben!

„Die Nazis kommen legal zur Macht"

Jüdisches Familienblatt: „Sie haben heute 12 Millionen Anhänger"

Das „Allgemeine Jüdische Familienblatt", Leipzig, setzt sich in einem langen Artikel „Kommt er oder kommt er nicht?" mit der Frage auseinander, ob in naher Zukunft mit einer **Machtübernahme des Nationalsozialismus** in Deutschland zu rechnen sei. Wir finden darin so bemerkenswerte Eingeständnisse, daß wir unseren Lesern wenigstens einige Stellen daraus nicht vorenthalten wollen. Es heißt da:

„Immerhin ging durch die linken Parteien Deutschlands und auch durch die jüdischen Kreise, ohne Unterschied deren parteimäßiger Einstellung, ein Aufatmen, als die Absage des Zentrums an die Nationalsozialisten bekannt wurde. Offen und zwischen den Zeilen wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß es bis zu einer Uebernahme der Regierung durch die Nationalsozialisten oder bis zu einer Teilnahme der Nazis an einer Regierung noch lange Weile habe und zwinkernd meinte man, daß viel gewonnen sei, wenn man Zeit gewonnen hat. Man hofft auf einen Zerfall der Nationalsozialisten, man hofft auf ein Wunder, welches die Hakenkreuzlerpartei zerschmettern wird, und übersieht die Tatsache, daß die Nationalsozialisten von Wahl zu Wahl an Einfluß und Stimmenzahl gewinnen . . .

Und tatsächlich, man muß es den Nationalsozialisten glauben, daß sie momentan den ernsten Willen haben, legal zu sein. Denn — und darüber kann es wohl nicht viel Zweifel geben — auch auf diesem Wege können sie zu ihrem Ziel gelangen. Wenn der Nazi-Verteidiger am 7. November in Berlin vor Gericht erklärt hat, daß seine Partei im deutschen Volke 12 Millionen Anhänger habe, so ist es leider wahr und eine Tatsache, die man nicht gut in Abrede stellen kann. Hat man aber eine derartige Anhängerschaft hinter sich, dann braucht man wirklich keine Krawalle und Skandale, um auf Umwegen und Hinterpforten zur Macht zu gelangen, sondern da wandelt man die breite, bequeme Chaussee der bestehenden Einrichtungen, der Landesparlamente und des Reichstages und gelangt dahin, wohin man gestrebt hat, nämlich zur Erreichung der Macht. Ob man nach Erlangung der Macht auch weiter legal bleiben wird, ob man, einmal an die Spitze gelangt, sich dann durch Abstimmungen aus der Macht wird drängen lassen, ist eine Frage, über die man ernstlich nachdenken sollte. Das Beispiel des Faschismus in Italien läßt befürchten, daß Hitler und seine Leute, einmal zur Macht gelangt, sie nicht aus der Hand geben werden, wenn „legale Voraussetzungen", wie Abstimmungen und Wahlen, das von ihnen fordern werden."

Einen unverdächtigeren Zeugen für die Richtigkeit des Weges, den unser Führer Adolf Hitler geht, kann es nicht geben, als diese winselnde Judenangst.

Prozße Darmstädter und Nationalbank gegen Hansa-Bank. Nachdem der erste Verhandlungstermin in dem Prozeß der Darmstädter und Nationalbank gegen die Bremer Hansa-Bank und die Bremer Reederei-Vereinigung A.-G. am Dinstag vormittag, wie berichtet, auf Ersuchen der Prozeßbeteiligten ausgesetzt worden ist, steht neuer Termin zur Verhandlung des Rechtsstreites am 1. Dezember vor dem Landgericht Bremen, Abteilung für Handelssachen, an.

Goethebund. Montag, 23. Nov., 20 Uhr, im großen Saale der Glocke: Symphoniekonzert, ausgeführt vom Städtischen Orchester, Leitung Generalmusikdirektor Professor Ernst Wendel. Vortragsfolge: Mendelssohn, Ouvertüre zum Sommernachtstraum; Schumann, Symphonie Nr. 4; Tschaikowsky, Symphonie Nr. 4. Karten zu den bekannten Einheitspreisen in der Geschäftsstelle (Schauspielhaus) 10,30—13,30 Uhr.

Einziehung der Zeitungsgelder durch die Post. Die Zeitungsbezugs- und Zustellgelder für den Monat Dezember 1931 werden in der Zeit vom 18. bis 23. d. Mts. durch die Briefzusteller eingezogen. Die Bezieher werden gebeten, die Beträge bereit zu halten, damit die Abfertigung schnell vonstatten geht. Eine wiederholte Nachfrage wird nicht gehalten. Wer den Zeitungsbezug bis 24. nicht erneuert, hat mit einer Unterbrechung in der Zeitungsbelieferung zu rechnen. Bezahlung in bar oder Schecks auf hiesige Banken.

Hausfrauen - unterschreibt keine Bestellzettel!

Das **„Bremische Einigungsamt in Wettbewerbsangelegenheiten E. V."** berichtet uns:

Jetzt vor Weihnachten mehren sich wieder die Fälle, wo alle möglichen Gegenstände an den Haus- und Windfangtüren von „hausierenden" Reisenden angeboten werden. Meist handelt es sich um „Staubsauger" oder „Wäsche", die man den Hausfrauen aufhängen möchte. Nicht nur in Bremen, sondern auch in der Umgegend sind Verkäufer genannter Art am Werke. So liegt uns zum Beispiel ein Bericht vor, wonach in Worpswede mit folgendem Trick gearbeitet wird: Ein Reisender für Bettwäsche führt sich bei den Hausfrauen ein und bietet große Handtücher (ein Muster wird nicht gezeigt) zum Preise von 1,50 Mark per Dutzend an. Die Handtücher sollen nachgeliefert werden, während die 200 Prozent zu teure Hauswäsche, die der betr. Reisende im Auto mitführt, gleich dagelassen wird.

Das billige Handtuch folgt meistens nicht nach; wird es aber doch geliefert, ist es mit der teuren anderen Ware zehnfach bezahlt.

Einen weiteren Fall hatte das Einigungsamt zu bearbeiten, der auch zur Warnung dienen muß. Hier im Parkviertel hausiert eine „Dame", die, wie man uns mitteilte, Wäsche von der rühmlichst bekannten, auch hier vertretenen Firma Strunkmann u. Meister anbietet. Genannte Firma läßt gar nicht hausieren, kommt hinzu, daß es sich bei dem Angebot um minderwertige Wäsche handelt, die niemals von St. u. M. in den Handel gebracht würde.

Auf sogenannte „Chiffre-Anzeigen", wie sie im Wäschehandel als Not-Verkäufe usw. in Zeitungen erscheinen, soll man sich grundsätzlich nicht einlassen, denn nicht selten erscheinen die Angebote billig, während die Ware teuer genug bezahlt wird, — verschenken kann heute bei der allgemeinen wirtschaftlichen Not niemand etwas.

Vor kurzem erschien von einer auswärtigen Firma ein verlockendes Angebot von Wäsche — „Tischdecken, Servietten, Taschentücher" — aus feinstem Damastmache, prächtig wie Seidendamast — das Laienpublikum glaubte gewebte baumwollene, halbleinene oder Leinen-Wäsche zu bekommen, war dann erstaunt, in Wirklichkeit „Papier" zu erhalten. —

Diese angeführten Beispiele mögen genügen. Besonders sollen aber die Frauen unter allen Umständen die Unterschrift unter Bestellscheine energisch verweigern; viel Kummer und Elend kann dadurch verhütet werden. In Zweifelsfällen wende man sich zuvor an das Einigungsamt, Kosten entstehen nicht. C. Kf

Die Kultur der Demokratie

Beschimpfung der Gefallenen des Weltkriegs.

Herr Kurt Tucholski, genannt Theobald Tiger oder Peter Panter oder Ignaz Wrobel schreibt in der „Weltbühne":

Von Dankbarkeit, die wir unseren lieben, hochverehrten, heldenhaften, gesegneten und zum Glück stummen Gefallenen schulden, von diesem Hokuspokus bis zum nächsten Kriege ist nur ein Schritt.

Die Gemeinheit stellt sich den unerhörten Worten des Dr. Gumbel, Heidelberg, würdig zur Seite, wenn er, wie allgemein bekannt, in aller Oeffentlichkeit sagt: „Die Toten des Weltkrieges sind auf dem Felde der Unehre gefallen!"

Tausende kirchentreuer Männer und Frauen beider Konfessionen empfinden die bezeichneten Fälle als freche Beschimpfung der christlichen Religion und ihrer christlichen Lebensauffassung und hoffen, daß die doch wohl zur Bekämpfung solcher Ausschreitungen erlassene Notverordnung nunmehr diesen Zuständen ein Ende machen wird. Gemäß der Notverordnung ist die Erweckung und Schürung von Gegensätzen zu antichristlichen Zwecken als Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung anzusehen, oder sollte die Notverordnung etwa nur auf dem Papier stehen bleiben?

Herausgeber: Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hansfarl von Sichart; für den Anzeigenteil: C. A. Güldner, sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet. —
Rotationsdruck Karl Bockelmann, Bremen.

Sisluv

EINE DEUTSCHE BEWEGUNG

von E. CZECH-JOCHBERG

8. Kapitel

Das Fähnlein der sieben Aufrechten
Eine lächerlich kleine Gesellschaft, aus der dennoch der göttliche Funken sprang.

Hitler diente weiter beim Militär.

Obgleich es ein sonderbares Dienen war und ein sonderbares Militär.

Die deutsche Welt war versunken in „Revolutionspolitik". Die Wellen der Debatten schlugen über den Dächern zusammen. Als sollte nachgeholt werden, was — angeblich zum Schaden Deutschlands — in dieser Richtung versäumt worden war.

Und so bestand auch der Dienst der Truppe, deren Disziplin noch immer alles andere als straff war, im wesentlichen darin, daß man die Soldaten zu „staatsbürgerlichem Denken erzog." Statt der Gewehrgriffe wurden Begriffe geklopft, und im „geistigen Spind" sollte peinlichste Ordnung gemacht werden.

Im Gegensatz zu all den großen Worten stand die kleine Umgebung, die schmalen, nüchternen getünchten Mannschaftszimmer, die eisernen Betten, das kümmerliche Mobiliar, die zersprungenen Fenster, die rissigen Dielen, die Löcher in den Wänden, durch die die Mäuse huschten, wenn eine Brotkrume — in der damaligen Zeit wahrhaftig ein Leckerbissen — einem Soldaten beim Brotschneiden desertiert war.

„Antreten zur Schule!" rief eine starke Kommandostimme in das Zimmer. Aber es handelte sich nicht um die Schule über das Maschinengewehr und seine Bestandteile, sondern um den „Kurs".

Die Soldaten setzten sich ringsum auf die Betten, andere standen am Fenster.

Ein Kursusteilnehmer sprach. Redete leidlich, erhitzte sich, bekam Flügel, donnerte. Aber es war ein arges Bramarbasieren . . .

Widerspruch züngelte. Hitler lehnte am Fenster, sah wütend in den Kasernenhof hinaus, hätte den Mann, der sich wie ein Vereinsredner gebärdete, am liebsten niedergeschrien.

„Dem muß man antworten", sagte jemand. Vielleicht Hitler selbst.

„Sprich du . . ." stieß man Hitler an.

Er erschrak ein wenig, sah sich im Kreise um. Aller Augen waren auf ihn gerichtet.

Noch immer zögerte er. Er hatte noch nie gesprochen, wenn er auch stets geglaubt hatte, daß es kein großes Kunststück sein könnte, das, was man dachte und in hunderten von einsamen Stunden sich ergrübelte, zu formen und in die Menge zu werfen.

Einfach herauszuschütten aus seiner Erinnerung, aus seinem Leben: Der Kampf, der gegen ihn, den Hilfsarbeiter in Wien, geführt wurde, aus dem einzigen Grunde, weil er anders war, weil er deutsch war und um sich schlug, wenn die Arbeiter nach dem Mittagsbrot damit spielten, alles, Heimat und Nation und Glauben und Kultur als Höllenwerk der „Blutsauger" zu erklären . . .

Herauszuschütten die Sehnsucht nach einer deutschen Wirtschaft, einem deutschen Staat, in dem die Arbeitnehmer geschützt waren von den Prankenhieben eines Kapitals, das vielfach landfremd war und mit riesigen Spinnenfingern Deutschland gefangenhielt . . .

Sie schoben ihn vor, und er stand da und sprach. Suchte die Worte zusammen und zimmerte sie im Geiste rasch zurecht, während er redete . . .

„Lauter", rief jemand.

Aber da hatte er plötzlich ein Leitseil gefunden, an das er sich hielt auf seinem Wege . . . erst fest, dann leichter, wie ein Bergsteiger, dem es nur um den moralischen Schutz ist. Und es wurde hell um ihn und freudig: Er konnte reden!

Er war imstande, das, was er so oft überlegt, was er sich geformt, auch auszusprechen. Er griff mit sicherer Hand Sätze heraus aus den sich vordrängenden Gedanken, putzte sie klar, daß sie leuchteten wie Kristalle, hielt sie empor, daß sie sie alle sahen. Wie ein katholischer Priester die Hostie der Gemeinde zeigt . . .

Wurde ruhiger, knapper, schärfer . . .

Die Soldaten sahen einander an. Lächelten. Nickten: Schau, schau. Wie der sich „machte".

„Ein Soldat kann nicht anders als national fühlen." Den Satz hatte er gesagt, und ein jeder beschloß, sich ihn aufzusparen und in seinem Gedächtnis mitzunehmen. Es tat ihnen wohl, den Burschen aus dem bayerischen Oberland, daß einmal einer so sprach und nicht in den Dreck zog, was deutsch war und heimatliebend . . .

Es waren ein paar bayerische Soldaten, nicht mehr: Die jetzt ein wenig mit der Politik spielten und mit Worten paradierten, sie putzten wie die Stiefel früher. Wirklich nicht mehr. Aber Hitler fühlte doch etwas ganz und gar Neues: Es durchströmte ihn warm, umfächelte ihn mit Freude . . . sie hatten zugehört, waren gefesselt, nickten Beifall, gingen mit. Und was das Allerbeste war: Sie nahmen seine Gedanken auf, dachten nach . . . er hatte eine Wirkung erzielt!

Und es wuchs, riesenhaft, die Lust in ihm, weiter so zu sprechen zu den Menschen, zu vielen, zu Tausenden . . .

„Ein wenig lauter mußt' schon reden", ernüchterte ihn ein Kamerad beim Hinausgehen . . .

— — — — — — — — — —

Befehlsausgabe: . . . Hitler als „Bildungsoffizier" zum Schützenregiment 41 . . . usw. usw.

— — — — — — — — — —

Nun sprach er alle Tage zu den Soldaten. Verspürte alle Tage seine Begabung, die Leute nachdenklich zu machen oder begeistert, wütend und freudig. Und überall war es ihm, als horchten sie auf, wenn er darüber sprach, daß der Weg zurückführen müßte zum großen deutschen Vaterland . . .

Hinweg über den von den Münchener Bolschewiken klug drapierten Preußenhaß, hinweg über enggezirkelte Wünsche des Klerus . . .

Er sah, während er redete, von einem Auge zum andern. Und in all diesen Augen las er das eine: Den Wunsch nach einem anderen Leben, als es das jetzige war . . .

Aus diesen Augen schöpfte er, nach diesen Hirnen tastete er, und in ganz nebelhaften, schemenhaften Umrissen formte sich ihm etwas, ganz fern noch und nicht zu greifen, ganz flüchtig noch wie die Rauchwolken, die dünn von den Schornsteinen des Hackerbräu herüberzogen, in grauen, zerfetzten, sich in ihrer Flucht verändernden, hallende-Schwaden:

Die Idee!

— — — — — — — — — —

„Is' Hitler da?"

„Jawoll!"

Der Offizier meinte: „Sie sind doch für sowas . . . da hat sich irgendeine „Deutsche Arbeiterpartei" (der Offizier begleitete das Wort mit der Geste eines Wagnersängers) gegründet . . . mna ja . . . also gehen Sie mal hin und sehen Sie sich die Leute näher an. Berichten, wie? Danke!"

Ja ja, man interessierte sich damals im deutschen Heere sehr für alles, was es Neues gab in der Politik, seit man die „staatsbürgerlichen Rechte" eingeräumt erhalten hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Familien-Anzeigen

Geboren:

Heinrich Öhmer und Frau geb. Hein, Buntentorsteinweg 278 (Tochter). — Diedrich Garbade und Frau geb. Seekamp, Niederblockland 25.

Verehelichte:

Heinrich Esmann und Marie geb. Köster, Alter Postweg 213. — Walter Müller und Johanne geb. Schadendorf, Woltmershauserstraße 128.

Verstorben:

Otto Düll, Osterdeich 55 73 Jahre alt. — August Abendroth, Mühlenstr. 22, 71 Jahre alt. — Dorothea Wendt geb. Sorger, Kettenstraße 34, 75 Jahre alt. — Ludwig Jungenfloet, Bismarckstraße 122, 79 Jahre alt. — August Bollmann, 67 Jahre alt. — Minna Schröder Ww. geb. Weier, 69 Jahre alt.

Amtliche Bekanntmachungen

(Nr. 93.) In das **Handelsregister** ist eingetragen:

Am 16. November 1931:

„Johannis Freimaurerlogenhaus Gesellschaft mit beschränkter Haftung", Bremen: August Emil Kurt Willhardt ist als Geschäftsführer ausgeschieden.

Johann Heinr. Kramer, Bremen: Die Prokura des W. Olding ist erloschen. Die Firma ist erloschen.

Pferdmenges u. Co., Bremen: Die Prokura des Harald Pferdmenges ist am 30. September 1931 erloschen.

Möbel-Vertrieb-Roland Marie Slink, Bremen: Die Prokura des Adolf Slink ist erloschen. Die Firma ist erloschen.

Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien, Bremen: Die Prokuren für Otto Dreyfuß, Ernst Duchstein, Walter Freund, Georg Haas, Eugen Heller, Heinrich Huneus, Gustav Irmer und Max von Zeddelmann sind erloschen.

Am 17 November 1931:

Tabak Export Compagnie Aktiengesellschaft (The Tobacco Export Company Inc.), Bremen: In der Generalversammlung vom 26. Oktober 1931 ist die Auflösung der Gesellschaft beschlossen worden. Liquidator ist der Kaufmann Georg Schünemann in Bremen.

Aug. Klett, Bremen: Anna Rebecka Betty Lange in Bremen hat das Geschäft durch Vertrag erworben und führt es seit dem 10. November 1931 unter Uebernahme der Aktiven und Passiven und unter unveränderter Firma fort.

Amtsgericht Bremen.

Ueber das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft J. H. Victor in Bremen, Bereet 61, ist zur Abwendung des Konkurses am 17. November 1931, nachmittags 5.15 Uhr, das Vergleichsverfahren eröffnet worden.

Zur Vertrauensperson ist der Rechtsanwalt und Notar Dr. Wilhelm Heymann, in Bremen, Am Wall 143-144 I ernannt worden.

Vergleichstermin ist anberaumt worden auf den

17. Dezember 1931,
nachmittags 4 Uhr,

im Gerichtshause, 1. Obergeschoß, Zimmer Nr. 84.

Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst Anlagen sind das Ergebnis der Ermittlung liegen zur Einsicht der Beteiligten im Gerichtshause, Zimmer 34, aus.

Zu obigem Termin werden die Gläubiger hiermit geladen.

17. 11. 31. **Geschäftsstelle d. Amtsgerichts.**

Stadttheater

Heute

Donnerstag, 16 Uhr: Geschloss. Vorstellung für Erwerbslose

Abends 20 Uhr, 60. Ab.-Vorst.

Eugen Onegin

Lyrische Oper in 3 Aufzügen Musik v. Peter Tschaikowsky

Freitag, 20 Uhr, 61. Ab.-Vorst.

Rigoletto

In den Centralhallen

Düsternstraße

Volkstümliche Vorstellungen des Stadttheaters

Heute

Donnerstag u. Freitag 20.15 Uhr Zweimaliges Gastspiel Herbert Boehme:

Die andere Seite

Sonntag, 22. Nov., 20.15 Uhr:

Die andere Seite

Kleine Preise!

Vorverkauf täglich in den üblichen Kassenstunden an der Kasse des Stadttheaters und der Centralhallen

Schauspielhaus

Heute

Donnerstag: 7. Sonder-Abonn.

Gastspiel Friedel Nowack

Jenny und Jonny

Gesellschaftsstück von Felix Salten

Freitag: Zum letzten Mal

Kampf um Kitsch

Sonnabend nachm. 4.30 Uhr

Das dumme Englein

Sonnabend: 7. Kammerspiel „Mittwoch" (an Stelle von Buß- und Bettag)

Jenny und Jonny

Blumen-Poppe
Bahnhofstraße 3 — Domsh. 24015

Sonnabend, 21. November
UNION, 8 Uhr

6. und letzter Experimental-Vortrag

Erik Jan

Hanussen

des Hellsehers

Neue Experimente!

Hellsehen für 1931-32

Fragebeantwortung aus dem Publikum

Karten Mk. 1.50—4.— bei Praeger & Meier, Bischofsnadel 1

Der Herrenfriseur
Marktstr. 20 u. Petristr.
H. Kobbenbrink
Arbeitslose Pg. gegen Ausweis halbe Preise

Dubuisson's
Schirm u. Strumpf
ist Trumpf
OSTERTORSTEINWEG 102

Überfall Wandrahm

Diejenige Dame, der ich bei dem Überfall am Wandrahm meinen feldgrauen Mantel, in dem sich Schlüssel, Halstuch und blaue Mütze befanden, zuwarf, bitte ich denselben bei der BNZ, Papenstr. 15, abzugeb.

Der S. A.-Mann von 4/75

In allen Standartenbezirken S.A.-M. od. Pg. haupt- od. nebenberufl. als festangest.

Vertreter und Vertreterinnen

Angeb. u. X. 204 an die Exp. d. Blattes.

Fahrschule Edmund Will
Georgstraße 65
Roland 7341

Oberhemden
nach Maß zu Fabrikpreis fertigt an
Frau Peters
Römerstraße 25

Fichtennadel-Extrakt

Hergestellt im Vakuum aus jungen Fichtennadeln

Wohltuend bei Nervosität, Schlaflosigkeit, Rheuma oder Gicht leichten Grades

Preis 60 Pfennig

Zu beziehen durch

Franz Viehöfer
Berlin NW. 7
Prinz-Louis-Ferdinand-Straße 6

Radio-Elektrotechnik

Elektro-Haus Steintor
Vor dem Steintor 127
Fernsprecher Hansa 42218

Verlangt überall die BNZ

Heute, 20.30 Uhr im Casino

Nationalsozialistischer Filmabend

Mit Auto und Zelt durch Afrika

Der Filmbericht einer deutschen Afrika-Expedition. Aufgenommen in den Jahren 1930-31 von George Ebrecht

Freitag, 20. November, 20.30 Uhr

Centralhallen (Eingang Breitenweg)

Öffentl. Versammlung

der Facharbeiter und Handwerker

Pg. G. Müller, Bremen u. Pg. Winkenwärder, Rostock

Handwerk in Not

und die Gewerkschaften

Eintritt 40 Pfennig / Erwerbslose 10 Pfennig

Juden haben keinen Zutritt

Euer die Lüge - unser der Sieg!

Die Sektion Findorff hielt am Dienstag abend ihre zweite überfüllte Versammlung ab. Pg. Schmidt-Hameln fesselte in großer, oft von starkem Beifall unterbrochener Rede über die Lüge des Marxismus und seiner Zuhälter, über die Zukunft, den Sieg des deutschen Volkes. Die zahlreichen Volksgenossen:

Brüning hat vor kurzem einmal gesagt, man müsse sich wieder daran gewöhnen, auch in der Politik **den Mut zur Wahrhaftigkeit zu haben.** Wir Nationalsozialisten bedauern nur, daß man diese Erkenntnis nicht schon vor Jahren besessen hat. Im Gegenteil, in Deutschland herrscht und herrschte eine Verlogenheit innerhalb des politischen Kampfes, die ihresgleichen sucht. Und da ist es in allererster Linie der Marxismus, der allein schon aus seiner inneren Verlogenheit heraus sich nicht genug tun kann mit Lüge und Schwindel.

Vor dem 14. September gingen sie in das Volk, die Lügereien der SPD., überschwemmten das Land mit Flugblättern „Weg mit Brüning", dem Hungerdiktator, schlagt Brüning und ihr schlagt den Faschismus," das waren die Schlagzeilen, das waren die Parolen zur Wahl, und dann später **stützten sie Brüning trotz Notverordnung und Krankenkassenschein, trotz Diktatur und Panzerkreuzer,** sie hielten Brüning, und wenn sie vorher gelogen hatten, **„schlagt Brüning und ihr schlagt den Faschismus"**, so schwindelten sie jetzt plötzlich. **Brüning sei die letzte Rettung vor dem Faschismus.** Wer das alles glaubt, ist entweder anormal dumm oder aber ein bezahlter Spitzbube!

Religion ist Opium für das Volk, so schrie der marxistische Freidenker, jedoch das **allerchristlichste Zentrum** verbündete sich mit ihnen. Aber uns Nationalsozialisten warfen sie vor, wir seien religionsfeindlich.

Wir sind positive Christen, wir predigen das Christentum der Tat, aber im Gegensatz zu den Heuchlern lehnen wir es bewußt ab, und Christus steht uns dafür zu hoch, als daß wir es wagen wollten, ihn in das Niveau des politischen Kampfes hinabzuziehen. **Die Religion gehört in die Kirche. Das Christentum dieser Menschen ist eine Lüge, ein Mittel der Politik geworden,** gaben sie doch einem Massenmörder den kirchlichen Segen, während sie sich weigerten, einem nationalsozialistischen Gauleiter das letzte Geleit zu geben.

Und weil durch all diese Manöver der Regierungen von Parteien Gnade das Vertrauen des Volkes fehlt, kann auch wiederum das Vertrauen des Auslandes kein Vertrauen zum Staat haben, darum verlangt es moralische Sicherheiten, denn wer garantiert, daß das Volk von morgen die Verpflichtungen dieses von heute noch anerkennen wird?

Und wieder eine neue Lüge, die **Breitscheid-Rede.** Entgegen Programmen und Erklärungen biedern sich Sozialdemokraten und Kommunisten an. **Breitscheid sucht den guten Absprung,** um Schluß mit der Tolerierungspolitik zu machen, da die Massen den Schwindel nicht mehr stützen wollen. Das heißt baldige Entscheidung, wir wissen es zu genau und bereiten uns vor.

Und da sollen wir die Reichswehr zersetzen, die Verfassung brechen, putschen und untergraben? **Wir denken ja gar nicht daran!** Ganz legal wollen wir das Reichsinnen- und Wehrministerium, die Regierung hat zu oft die Verfassung gebrochen, geputscht und genotverordnet, wir haben das nicht nötig! **Wir kommen legal zur Macht!** Unser Führer fühlt Verantwortung für seinen letzten Mann, er weiß mit uns, daß man Leben nur für größeres Leben opfern darf, **aber Leben für etwas Morsches und Faules zu opfern, das ist sinnlos** und das Opfer gar nicht wert. **Dieses System fällt von selbst,** aber nach dem Sturz, da beginnt die Entscheidung, der Kampf zwischen dem Volk und dem Marxismus, und diesen Kampf, den wollen wir organisieren.

Ein Sieg nach dem Sturz, das wäre die letzte Chance derer von heute. Aber **siegen wird nur, wer im Besitze der größeren inneren Wahrhaftigkeit ist.** Darum wird der Sieg bei uns, bei dem deutschen Arbeitertum der Stirn und der Faust sein. Daran ändert auch die Lüge des Feindes nichts! Der immer und immer wieder mit Ablenkungsmanövern aufwartet, um die wahren großen Geschehnisse zu vernebeln!

Das Geschehnis unserer Zeit ist: daß die weltgeschichtliche Aufgabe Deutschlands darin liegt, zu entscheiden, ob die zivilisierte Welt im Schlamm des Bolschewismus ersticken soll oder nicht!

Wenn dieser Endkampf entbrannt ist, dann sei all den Feigen und Lauen es klar, daß unsere SA. keine Wach- und Schließgesellschaft ist, zu schützen und zu bewüten, sondern daß wir den Grundsatz befolgen werden: **Wer nicht für uns ist, der ist gegen uns.**

Wir lügen nicht, wie die anderen, von einem Paradies, versprechen nicht wie sie den Himmel auf Erden, wir haben nur den Willen und den Glauben, **einen Staat der Pflicht und der Arbeit zu errichten, einen Staat der straffen Disziplin, aber auch einen Staat der höchsten sozialistischen Gerechtigkeit.**

In der Aussprache meldete sich ein Kommunist, der so ganz das verhaßte Aeußere eines „Bourgeois" besaß, mit Kläppchenkragen und gepflegten Händen. Dieser alte und nun wildgewordene Sozialdemokrat schimpfte auf die SPD. und lehnte genau wie seine Genossen, es in unseren Versammlungen ja immer tun, blutige Auseinandersetzungen ab! **Er erzählte, die NSDAP. sei völlig festgefahren und stände vor der Auflösung,** nach ein paar ganz alten, faustdicken Lügen durfte er sich wieder setzen.

Dann sprach noch kurz unser **Jugendgenosse Heller von der Hitlerjugend.** Er bewies warum die auf 60 Jahre versklavte deutsche Jugend, warum der seiner Unterstützung beraubte deutsche Jungarbeiter politisch und nationalsozialistisch wird und werden muß.

Reicher Beifall und laute Zustimmung dankten dem jungen Redner, als dann spät noch Pg. Schmidt das Schlußwort nahm.

Er zeigte den Kommunisten an Hand von russischen Zeitungen **das Sowjet-Paradies, wo Streik ein Verbrechen ist,** und wo die Gewerkschaften keinen Einfluß besitzen. Er widerlegte ihm leicht all **die alten Lügen des kommunistischen Rednermaterials, das endlich einmal aufgefrischt und erneuert werden müßte.** Er schloß die Versammlung mit unserer Losung:

Der Marxismus soll sterben, damit der deutsche Arbeiter leben kann!

Aus Bremen Stadt und Staat

Hanseatengeist!

Die Enthüllung des Ehrenmals ist vollbracht!
Bis jetzt weiß man zwar nicht — „wer das hat gemacht".
Auf jeden Fall ist die Hülle verschwunden —
Ganz schlicht! Nicht mit Helden-Ehrung verbunden!

Ansonsten ehrt man die „Helden — die Toten",
Nur nicht in Bremen — „da ist es verboten!"
Gewiß, hat man „Uebersee-Interessen",
Doch Kolonialkrieger — „hat man vergessen"!

Man braucht nur folgenden Ausspruch zu nehmen:
„Der Weg nach Uebersee — führt über Bremen!"
Ein Schlagwort ist es, das uns zum Schluß doch beweist:
„Hansestadt Bremen — hat Hanseatengeist!!!"

F. M.

Reichsbannergewissen.

Man sollte eigentlich annehmen, daß die Reichsbannerleute nach der mehr als dummen Rechtfertigungstaktik der „Bremer Volkszeitung" selbst von ihrer Unschuld überzeugt sind. Dagegen spricht aber die Tatsache, daß sich für etwa 15 bis 20 in der Mordnacht zurückbehaltenen Fahrräder, die in der Nähe des Tatortes gefunden wurden, keine Besitzer gemeldet haben. Verschiedentlich ist sogar beobachtet worden, daß die Reichsbannerleute mit neuen Fahrrädern ausgerüstet sind. Sollte Ersatz etwa von Amtswegen gestellt worden sein?

Wann wird die Mordzentrale, das Arbeiter-Samariterhaus in der Bornstraße, ausgehoben?

Wir Bremer haben von den furchtbaren Vorfällen gehört, die sich am Montagabend, dem 9. November, in der Bornstraße zugetragen haben. Wir haben gesehen, wie die Mordbanditen und Wegelagerer sich als erstes in ihren Bau „Arbeiter-Samariterhaus" verschanzten. Uns Nationalsozialisten ist es völlig gleichgültig, festzustellen, ob Anstifter dieses feigen Ueberfalls nun Arbeiter-Samariter oder Reichsbanner oder sogar die Altermieter der ersteren, die SA.-Mörder gewesen sind. Jedenfalls ist von amtlicher sowie von privater Seite konstatiert worden, daß in dem Hause in der Bornstraße Unterschlupfmöglichkeiten aller Art für Mitglieder sämtlicher marxistischen Parteien bestehen, daß hier eine der eigentlichen Mordzentralen zu finden ist, daran besteht kein Zweifel. Wie verheerend sich das Fortbestehen dieses öffentlichen Mordbetriebes auswirkt, davon können die Anwohner ein Liedchen singen. Geschweige von den Kindern zu sprechen, die sich bei Anbruch der Dunkelheit nicht mehr auf die Straße wagen, sind auch die Erwachsenen den ständigen Belästigungen der dort ein- und ausgehenden Banden ausgesetzt. Uns wird von allen Seiten mitgeteilt, daß ein Fortbestehen dieses Verbrecherschlupfwinkels die öffentliche Ruhe und Sicherheit aufs ärgste gefährdet. Erst am vergangenen Montag feierte irgend so ein marxistischer Klub in den Räumen des Hauses und auf der Straße. Dem Anschein nach war es eine Art Siegesorgie, die auf Grund der Vorfälle vom Montag vorher, auf der Straße begann und sich dort bis spät in die Nachtstunden hinein fortsetzte. Radfahrerpatrouillen machten die ganze Gegend unsicher. Es wurde geschrien, gepfiffen und gegröhlt. — „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!"

Die „Bremer Arbeiterzeitung", das hiesige Klassenkämpferorgan, appeliert wieder einmal an die Dummheit und Instinktlosigkeit seiner roten Leser. In der Nummer vom 16. November sind unter der Ueberschrift „Mordwaffen der Nazis" ein Koppelschloß, eine Eisenstange, ein Dolch und ein Schulterriemen besonderen Ausmaßes mit Bleibeschwerung versehen, abgebildet. Darunter steht: „Bei Zusammenstößen den Faschisten abgenommen." Es wäre endlich Zeit, daß die Polizeidirektion gegen diese „unlautere Reklame" einschreitet. Wir erinnern nur an die Gerichtsverhandlung von der Straßenschlacht aus der Nienburgerstraße. Damals hatten sich die Arbeiterzeitungsvertreter auch bereit erklärt, die abgebildeten Waffen zu beschaffen, statt dessen besaß man die ungeheure Frechheit, dem Gericht Dolche usw. vorzulegen, die wohl den in der Arbeiterzeitung abgebildeten Instrumenten entsprachen, aber im krassen Widerspruch zu den hakenkreuzten Beischmus standen. Das ist also das zweitemal, daß wir die Arbeiterzeitung berichtigen müssen **wissentlich** Unwahrheiten zu veröffentlichen, um den roten Kämpfergeist zu fördern. Der anständige Prolet wird sich das merken.

Die nächste Bürgerschaftssitzung findet erst am 27. November, nicht, wie zuerst beabsichtigt war, bereits am 20. November statt. Ausschlaggebend für diesen Vorstandsbeschluß war der Umstand, daß am Freitag dieser Woche einige Bürgerschaftsmitglieder von Bremen abwesend sein werden, so u. a. zu **bremisch-preußischen Besprechungen** über die Möglichkeit einer Vereinheitlichung der Unterweserstädte.

Die Kleingartenkammer schreibt uns: Vogelschutz im Kleingarten zu treiben, ist eine der Hauptaufgaben der Kleingärtner. Man glaubt gar nicht, wie viel tausend und abertausend schädlicher Insekten alljährlich unseren Meisen und Singvögeln zum Opfer fallen. Ein richtiger Vogelschutz aber erstreckt sich nicht nur auf das Dulden, sondern auch auf das Hegen der Vögel. Dazu gehört das Vernichten von Raubzeug, namentlich wildernder Katzen, das Anlegen von passenden Nistkästen für unsere Höhlenbrüter, die Errichtung von Futterstellen, die im Winter mit geeignetem Futter beschickt werden.

In einem Vortrage, der vom Vorstandsmitgliede des Vereins zum Schutze der heimischen Vögel, Herrn Carl Gust. Hartwig, am **heutigen Donnerstag, um 20 Uhr abends** in der Aula der Oberrealschule an der Dechanatstraße, gehalten wird, wird eingehend über den Vogelschutz im Kleingarten Aufklärung gegeben. Die Kleingärtner werden gebeten, zahlreich zu diesem Vortrage zu erscheinen. Eintritt frei.

Bestellt die BNZ!

Stadttheater
R. Wagner: Parsifal
Erstaufführung

Wenn ein Werk wie R. Wagners „Parsifal"" nur einmal im Jahre zu Gehör gebracht wird, dann gebietet es die Ehrfurcht vor dem Werk und seinem Schöpfer von selbst, daß der musikalischen und szenischen Vorbereitung zu einer festlichen Aufführung, wie sie unser Stadttheater bei den gegebenen Voraussetzungen zu geben imstande ist, genügende Zeit und Aufmerksamkeit gewidmet wird. Die Aufführung am Sonntag, die ein fast ausverkauftes Haus sah, ließ die oberwähnten Erwartungen zum größten Teil erfüllt sehen, was um so freudiger festgestellt werden soll, als in den letzten Wochen Orchester und Chor anstrengende Arbeit zu leisten hatten. Der Klangkörper unseres Orchesters bot in seiner ganzen Stärke wieder einmal Hervorragendes und dies unter der Führung eines Kapellmeisters, dessen innere Verbundenheit mit dem Werk man von der ersten bis zur letzten Note deutlich zu spüren vermeint. Man fühlt, daß Herr Dammer, dem das Kunstwerk heilig ist, bestrebt ist, dieses selbst wirken zu lassen, zu „dienen"; denn deutsch sein heißt, eine Sache um ihrer selbst willen betrieben. Trotzdem er die Tempi an manchen Stellen auffallend breit nahm, war doch die melodische Linie von feurigem Schwunge beseelt und ließ das Werk wie eine einzige große Symphonie erscheinen. Von überaus schöner klanglicher Wirkung waren die Chöre nebst den verstärkenden Sonderchören, um deren Einstudierung Herr Esser sich mit großem Erfolg bemüht hat. Ist doch der Parsifal das Werk, das sich wie wenige seiner späteren Schöpfungen in so eindrücklicher Weise auf die Chöre stützt. Der Chor der Gralsritter, die dreigeteilten Chöre in der Kuppel des Gralstempels, der Chor der Blumenmädchen gaben der Aufführung ein besonders festliches Gepräge. Der Vortrag ihrer schmeichelnden Weisen hatte neben einen unbergeßlichen Wohllaut und einer bezaubernden Anmut der Bewegung soviel kindlich Naives, daß ein aufreizendesElement sinnlicher Verführung von vornherein ausgeschaltet blieb. Schade, daß die Dekoration des 2. Aktes in keinerlei Uebereinstimmung, weder in Farben noch Formen, mit den zarten und duftenden Gewändern der Blumenkinder standen! Ueberhaupt löste von bühnenbildnerischen Betrachtungen die Karfreitagsaue mit ihrer blumenbesäten, zum Hochwald aufsteigenden Bergwiese den stärksten und tiefsten Eindruck aus. Aus dieser Landschaft blühte in idealer Uebereinstimmung mit Himmel, Sonne, Blumen, Quell und schneebedeckten Gipfeln der Karfreitagszauber szenisch und klanglich hervor und ließ das holde Frühlingswunder, Parsifals Einkehr und Kundrys Bekehrung als tiefergreifendes Erlebnis an Auge und Ohr der Hörer vorüberziehen.

Zu dem großen Erfolg dieser Parsifal-Aufführung, haben unsere so oft bewährten einheimischen Kräfte ein Wesentliches beigetragen. Herr Barton gestaltete seinen Helden in aufsteigender Linie vom „zagen Toren" über den wissend Gewordenen und durch Prüfungen Geläuterten zum hellbringenden Erlöser und veriet durch sein durchgeistigtes Spiel sein Hineinwachsen in die ihm von der Gottheit zugewiesenen Sendung. Gerade um ihrer Schlichtheit und Natürlichkeit willen wirkte seine Darstellung um so ergreifender. Wenn dem Künstler auch manche lyrische Stelle nicht ganz nach Wunsch gelang, so wußte er doch mit der strahlenden Wärme seines Organs im 2. und 3. Akt Höhepunkte von außerordentlicher Klangwirkung zu erzielen. Auch die Aussprache des Sängers zeigte merkliche Fortschritte. — Als Kundry bewährte Frau Roller, die schon des öfteren gerühmten Vorzüge ihrer hervorragenden Kunst, Gestaltung zu formen, wie sie dem Meister lebendig vor Augen geschwebt haben mögen. Wie ihre Isolde und Kundry, schöpft sie die Wesenszüge dieser zwiespältigen weiblichen Ahasvernatur mit allen Mitteln darstellerischer Kunst aus, die Wagner von einer dramatischen Sängerin verlangt. Man wünscht ihrer Stimme in der Höhe die Wärme die ihr in der Tiefe und Mittellage eigen ist. Das Leiden des unseligen Gralskönigs verkörperte Herr Thement mit erschütternder Eindringlichkeit in Gesang und Spiel, von der leise durchklingenden Erlösungshoffnung bis zur wilden, verzweifelten Schmerzensklage. Ein Abgrund alles Leidens der Welt tut sich vor der Seele des Hörers auf, wenn er in furchtbaren Leidensqualen einzig den Tod erfleht. — Eine große Bedeutung kommt im Drama der Gestalt des Gurnemanz zu, des weisen und väterlich gütigen Waffengefährten Titurels und Amfortas. Alles, was er denkt, was er tut, gilt einzig der Sorge um den Gral, um Amfortas. Diesen rührenden Zug versteht Herr Schweinsberg durch vornehmes Spiel und eine gut gewahrte melodische Linie im Gesang eindrucksvoll zu unterstreichen. Dies gelang ihm im besonderen Maße im 1. Akt; im 3. Akt wurden die wechselnden Akzente der Kantilene des öfteren von den Tonfluten des Orchesters zugedeckt. — Dämonisch und stimmlich groß gab Herr Guttmann vom Hamburger Stadttheater den Zauberer und Todfeind der Gralsritterschaft. Die Beschwörungsszene stattete er mit reichlich vielen Bewegungskünsten aus. — Die mahnende Stimme des greisen Titurel sang Herr Kasper mit der Fülle und Klangschönheit seines warmen Basses. — Die kleineren Partien der Gralsritter waren bei den Herren Esser und Percy, die der Knappen bei Herrn Spiro und den Damen Held und Bremer in guten Händen. Für die Partie des Knappen ist Herr Birkenfels stimmlich wenig geeignet. Als namenlose Führerinnen der Blumenkinder machten sich die Damen Reich, Perche, Mühlbach, Ihme, Bremer und Held verdient. —

Als der Vorhang sich zum letzten Male senkte und der letzte Ton verklungen war, verließ eine ergriffene Menge still und nachdenklich das Haus.

W. Eilers.

Wo sitzen die Inflationsfreunde?

Inflation und Sozialdemokratie

Von Dr. Buchner

Die sozialdemokratische und finanzkapitalistische Presse sucht angesichts des stürmischen Vordringens des Nationalsozialismus nach einer besonders zugkräftigen Parole, um ihn bei den breitesten Volksmassen nach Möglichkeit schlecht zu machen. Sie glaubt diese Parole gefunden zu haben, wenn sie die Nationalsozialisten als „Inflationshetzer" hinstellt, die „dem deutschen Volk den letzten Boden unter den Füßen fortziehen wollen". Sie redet von nationalsozialistischen Plänen für inflationistisches „Zusatzgeld", von „Binnenmark„ und „Inflation in Reinkultur durch vermehrten Notendruck". Sie will damit auf den Arbeiter einwirken, der glauben soll, er könne sich dann „um einen Wochenlohn kein Pfund Margarine mehr kaufen"; sie will auf den Angestellten einwirken, der sehen soll, wie „sein Gehalt am Monatsende schon vorher zerronnen ist"; auf den Erwerbslosen, der fürchten soll, daß er „mit Papierbündeln unterstützt wird, mit denen er nicht einmal den Ofen heizen kann"; auf den Sparer, der „wieder seine mühsam zurückgelegten Spargroschen im Handumdrehen entwertet finden und dem nackten Elend gegenüberstehen werde"! Und im gleichen Atemzuge empfiehlt sich ausgerechnet die Sozialdemokratie als „schärfster Gegner aller Inflationsideen", als rücksichtsloser Gegner aller Hintermänner der Inflation", als „festeste Bastion zur Verteidigung der deutschen Währung"!

Besser würde sie freilich sagen, der heutigen sogenannten **„Goldwährung von Frankreichs Gnaden"**, die im Grunde nur der Schein einer Goldwährung ist. Was aber die Gegnerschaft gegen die Inflation als solche anlangt, so möchten wir doch daran erinnern, daß

die Sozialdemokratie es war, die zur Zeit der großen Inflation gerade in jenen Monaten den Finanzminister, Herrn Hilferding, stellte, wo die Mark anfing ins Bodenlose zu stürzen, bis sie in Billionen von Molekülen zerstäubte!

Und daran möchten wir erinnern, daß die Pläne zur Stabilisierung der ehemaligen Mark gerade in jenen entscheidenden Monaten längst vorlagen, wie sie übrigens dann in der Rentenmark verwirklicht wurden, daß sie aber von einem Referenten zum anderen wanderten und jeder, nicht zuletzt Herr Hilferding, an allem etwas auszusetzen hatte, besonders, weil die sogenannte „Goldklausel" fehlte!

Welche Werte wären damals noch zu retten gewesen, wenn man energisch zugegriffen hätte! Es ist bis heute noch nicht widerlegt worden, daß die damalige **Inflation** nicht **zuletzt unter dem Druck der Sozialdemokratie mit betrieben wurde,** um ihre politischen Alleingänge aus dem Wertverfall des deutschen Spar- und Anlagevermögens zu finanzieren! Mit der **„scharfen Gegnerschaft gegen alle Inflationsideen" bei der Sozialdemokratie ist es also nicht so weit her, wenn man nur einige Jahre zurückdenkt.**

Im November 1922 tagte, wie bis heute unwidersprochen behauptet wird, in Berlin ein **Ausschuß zur Beratung der Währungsfrage.** Den Vorsitz führte der **Sozialdemokrat Hilferding.** Einer der Teilnehmer erklärte später, ohne daß die Beschuldigten jemals die Richtigkeit seiner Behauptung bestreiten konnten,

daß die Vertreter der Hochfinanz die Inflation weiter durchzuführen beabsichtigten bis zur völligen Enteignung des deutschen Volkes. Besonders der Vertreter des Bankhauses Warburg trat für die schärfste Durchführung der Inflation ein!

Ferner heißt es 1921 im Reichsgesetzblatt, Seite 508: „Der Reichstag hat folgendes Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrates hiermit beschlossen wird:

§ 1.

Die Vorschrift im § 17 des Bankgesetzes, wonach der Teil der im Umlauf befindlichen Reichsbanknoten, der durch kurssähiges deutsches Geld, Reichskassenscheine oder durch Gold in Barren oder ausländischen Münzen gedeckt sein soll, ein Drittel nicht unterschreiten darf, wird bis zum 31. Dezember 1923 außer Kraft gesetzt.

§ 2.

Dieses Gesetz tritt mit dem auf seine Verkündigung folgenden Tag in Kraft.

Berlin, den 9. Mai 1921.

Der Reichspräsident
(gez.) Ebert.

Ein Kommentar hierzu ist überflüssig! Hier wurden Gesetze erlassen, die, wie wir sahen, geeignet waren, eine Inflation herbeizuführen.

Im übrigen sollte die Sozialdemokratie die Taktik der Reichsbank selbst einmal unter die Lupe nehmen. Denn die Entwicklung des offiziellen Kurses der Finanzpolitik ist seit mehreren Monaten so, daß man von einer geradezu krisenhaften Zuspitzung der Lage reden muß.

Man braucht nur an die gesunkene Golddeckung der Währung in Deutschland erinnern, deren Rückgang unter 30 Prozent nicht einmal den Namen „Goldkernwährung" mehr gestattet; an die schon mehr als bedenklichen Wechselkonzessionen für die Sparkassen, die Diskontierung von nahezu 1 Milliarde an Finanzwechseln, die ganze seit vielen Wochen im Gange befindliche Finanzwechselwirtschaft, welche eine starke Aehnlichkeit mit dem besonders 1923 beliebten und von Hilferding betriebenen Schatzwechselsystem besitzt; an die ganze Kreditausweitung, die von den Berliner Finanzblättern so schön als „dosierte Re-Deflation" bezeichnet wird, die aber zweifellos nicht dazu angetan ist, den Wert der Reichsmark als internationale Devise zu erhöhen, was ein Blick auf die offizielle Börsennotierung derselben im Ausland nur bestätigt.

Die Sparkassenwechsel tragen den Charakter von Finanzwechseln, wie sie Dr. Schacht auf seiner Harzburger Rede als „nichtreichsbankfähig" bezeichnet hat. Davon wird aber dieses Mißverhältnis zwischen Warenwechseln und Finanzwechseln im Reichsbankportefeuille nicht besser, als man beschönigend feststellt, ein Teil der eingefrorenen Anlagen der Banken und Sparkassen hätte mit Hilfe der Garantie- und Akzeptbank „in diskontfähiges Wechselmaterial umgelegt" werden müssen, ähnlich wie auch das goldreiche Amerika seinen Banken zum Auftauen eingefrorener Anlagen verholfen habe. Man stellt auch gar nicht in Abrede, daß infolge der Sparkassenauszahlungen mehr herausgegebenen Noten deswegen bis jetzt noch nicht inflationistisch wirkten, weil „sie vom Publikum gehamstert würden", und sie erst inflatorischen Charakter hätten, wenn „das Publikum den Kopf verliert und zur Warenhamsterung schreitet" . . .

Im übrigen behauptet der bekannte Bankschriftsteller Landsburgh mit Nachdruck, daß „der Banknotenumlauf in der Zeit von Ende Mai bis anfangs Oktober bei allen Zentralnotenbanken eine beträchtliche Ausweitung erfahren habe", daß „die sogenannte kleine Inflation in manchen Ländern bereits im Werden sei". Er stellt als Vergleich für Deutschland zwei Reichsbankausweise vom Mai und Oktober mit 4722 bzw. 4938 Millionen Mark einander gegenüber und will diesen um 216 Millionen Mark vermehrten Notenumlauf als Gefahrmoment erkennen. Die eigentlichen Schwierigkeiten der Reichsbank liegen aber sicher auf anderem Gebiet, wenngleich Tatsache ist, daß

auch die vorliegende Zahlungsmittelvermehrung zweifellos inflatorische Wirkung haben könnte, wenn die Noten, wie bemerkt, nicht mehr gehamstert, sondern als reine Zusatzkraft auf den Warenmarkt geworfen würde.

(Schluß folgt.)

Wer unterhöhlt das Tarifrecht?

Bekanntlich hat der Marxismus von Zeit zu Zeit das Bedürfnis, nach der bewährten Parole: „Haltet den Dieb!" von sich abzulenken, besonders wenn sich in der Außenwelt Dinge abspielen, die nicht so recht in den morschen Parteiladen hineinpassen. Für gewöhnlich begnügt man sich damit, die abgedroschenen Verleumdungsphrasen etwas aufzumöbeln und als letzte Neuheit in die Parteipresse zu lanzieren. Allein die Harzburger Tagung, die den marxistischen Herrschaften scheinbar sehr in die Glieder gefahren war, ließ alle Vorsicht vergessen und man überbot sich förmlich, der NSDAP. alle möglichen Tendenzen anzuhängen, ohne hierfür irgendwelche objektiven Unterlagen zu besitzen. Mit dreister Stirn behauptete man beispielsweise u. a., die NSDAP. sei für eine Beseitigung bzw. eine Unterhöhlung des Tarifrechts. Wir haben selbstverständlich volles Verständnis dafür, daß speziell die SPD. und ihr getreuer Trabant, der ADGB., durch derartige Mätzchen von Zeit zu Zeit ihre Existenzberechtigung nachweisen müssen. Allerdings hätten die Herrschaften besser getan, diesen wunden Punkt unberührt zu lassen.

Zunächst einmal haben gerade hier in Bremen die Vorgänge anläßlich der Kündigung des Hafenarbeitertarifs deutlich erkennen lassen, welch ein Unterschied zwischen Theorie und Praxis bei den marxistischen Herren Gewerkschaftsführern besteht. Bekanntlich wurde dieser Tarif zum 30. September d. J. von der Arbeitgeberseite mit der Maßgabe gekündigt, daß der Schichtlohn von 8,80 RM. auf 7,00 RM. herabgesetzt werden sollte, nachdem bereits einige Zeit vorher der Schichtlohn von 9,20 RM. auf 8,80 RM. gesenkt war. Schon damals hatte diese letzterwähnte Lohnsenkung in der Arbeiterschaft eine starke Erregung ausgelöst, sodaß ein Streikausbruch schier unvermeidlich erschien. Wenn es trotzdem nicht zum Streik kam, so war dies lediglich der geschickten Regie der Herren Gewerkschaftssekretäre zu verdanken. Um so mehr mußte es wundernehmen, daß man es von der Arbeitgeberseite aus wagte, nach so kurzer Zeit wiederum, und zwar diesmal einen derart rigorosen Lohnabbau zur Diskussion zu stellen. Zweifellos hätte man von der Arbeitgeberseite niemals an einen solchen Vorschlag gedacht, wenn man nicht von vornherein davon überzeugt gewesen wäre, daß die Gewerkschaften auch diesmal, zumindest auf halbem Wege entgegenkommen würden. Lediglich der Initiative der NSBO., die sich sofort nach Bekanntwerden der beabsichtigten Lohnkürzung in einer scharfen Erklärung an den Arbeitgeberverband wandte und diesen darauf hinwies, daß wir dem alsdann unvermeidlichen Streik aktivste Beteiligung zusagen würden, war es zu verdanken, daß man fortan nur sehr zögernd an diese Lohnabbaumaßnahmen herranging. Auf den weiteren Verlauf der Dinge konnten wir selbstverständlich ohne parallele Unterstützung der Gewerkschaften keinen Einfluß ausüben.

Wie es ganz allgemein nach dieser Richtung hin mit der bisherigen Vertretung der Arbeitnehmerinteressen bestellt war, zeigt beispielsweise die Feststellung des bekannten Arbeiterrechtlers Potthoff, der darüber Beschwerde führt, daß noch immer ein großer Teil des Wirtschaftslebens im Vollzuge tarifwidriger Arbeitsverhältnisse bestehe. Es dünkt uns weiterhin auch nicht gerade schmeichelhaft für diese Herrschaften, wenn es z. B. im Jahresbericht 1925 der preußischen Gewerbeaufsichtsbeamten wörtlich heißt, „daß die Arbeitnehmer nicht zu bewegen gewesen seien, ihre berechtigten Lohnforderungen geltend zu machen, aus der Besorgnis heraus, die Arbeit zu verlieren, die andere gern für einen geringeren Lohnsatz annehmen würden." Gerade die zuletzt erwähnte Feststellung lenkt unser Augenmerk auf eine große noch unbeseitigte Härte im Tarifwesen, nämlich auf die sehr kurz bemessenen Verjährungsfristen des Tariflohnes. Jedenfalls wäre hier für die marxistischen Herren Gewerkschaftsführer noch ein sehr dankbares Betätigungsfeld gewesen.

Wenn man überhaupt schon von einer Unterhöhlung des Tarifrechts sprechen will, so wird man als objektiver Beurteiler unschwer feststellen können, daß gerade seitens der Gewerkschaften nichts geschehen ist, einer solchen Unterhöhlung entgegenzutreten. Gerade im Augenblick sehen wir, wie sich mit Hilfe staatlicher Schiedssprüche eine permanente Welle des Lohnabbaues von Betrieb zu Betrieb fortpflanzt. Wir sehen weiterhin das Zustandekommen neuer Tarifverträge mit einer erheblich verkürzten Laufzeit, wodurch gerade der eigentliche Sinn dieser kollektiven Arbeitsverträge illusorisch gemacht wird. Geradezu ungeheuerlich muß es jedoch anmuten, daß die Regierung durch Notverordnungen in die Lage gesetzt wird, jeden bestehenden Tarifvertrag abzuändern. Eine solche Befugnis der Regierung ist beispielsweise auch in § 1, Ziffer 5, der Durchführungsbestimmung zur Einschränkung der Arbeitszeit vom 30. September 1931 vorgesehen, wo es heißt:

„Aendert sich auf Grund einer Verordnung der Reichsregierung der Inhalt eines für allgemeinverbindlichen Tarifvertrages, so ist der Tarifvertrag ohne weiteres in der neuen Fassung allgemeinverbindlich."

Wie also derartige Agitationen gegen uns zu bewerten sind, erhellt schon daraus, daß man beispielsweise aus recht durchsichtigen Gründen den eigenen Genossen schamhaft verschweigt, daß gerade ein Herr der München-Gladbacher Richtung, nämlich der frühere Zentrumspolitiker von Papen, ganz offen die Beseitigung der Tarifverträge forderte. Allerdings vermag dieses ebenso wenig wie der Umstand, daß gerade von der zuletzt genannten Stelle aus für die Aufhebung der Unabdingbarkeit des Tariflohnes mit dem Einwand der mangelnden Elastizität des Tariflohnes Stimmung gemacht wird, die marxistischen Gewerkschaftsbonzen daran hindern, mit den schwarzen sozial-reaktionären Genossen vom Zentrum weiterhin Arm in Arm politische Geschäfte zu besorgen.

Die Herrschaften haben selbstverständlich allen Grund, mit derartig demagogischen Mätzchen von sich abzulenken. Mit Recht müssen sie befürchten, daß gerade die augenblickliche Welle des Lohnabbaues — beispielsweise ist der Tariflohn der Textilbranche gegen das Vorjahr bis zu 35 Prozent gesenkt — dem Arbeitnehmer schließlich auch einmal die Augen öffnen könnten, wie es mit der derzeitigen Vertretung seiner Interessen bestellt ist.

Zu einer eigenen Initiative wird sich der ADGB. dank seiner Verbundenheit mit der SPD. noch schwerlich aufschwingen können, da er ebenso wie die SPD. in vollständige Abhängigkeit von der Hochfinanz geraten ist. Die Verbeugung des Genossen Tarnow vor dem Großkapitalismus auf dem letzten Parteitage, auf dem Tarnow die SPD. als Arzt des kranken Kapitalismus anpries, ist ja gottlob noch in allzu frischer Erinnerung. Es dürfte auch wohl nicht von ungefähr sein, daß gerade Genosse Tarnow kürzlich als Sachverständiger in den deutsch-französischen Wirtschaftsausschuß berufen wurde, wodurch wieder einmal für eine recht eindrucksvolle Vertretung der deutschen Arbeitnehmerinteressen bestens gesorgt sein dürfte. Nach all diesem müssen wir es jedoch als Gipfelpunkt der Demagogie bezeichnen, wenn man Tendenzen, die man selbst hegt, trotz besseren Wissens uns Nationalsozialisten anhängen möchte. Keinesfalls wird uns aber diese Demagogie, die ja bekanntlich den Herrn Gewerkschaftsbonzen noch auf dem letzten Gewerkschaftskongreß im August d. J. von dem Arbeitsminister Stegerwald ganz unverhohlen entgegengehalten wurde, davon abhalten, nun erst recht den Arbeitnehmer darüber aufzuklären, wo die wahren Schuldigen an seinem heutigen Wirtschaftselend zu suchen sind.

NSBO., Ortsgruppe Bremen.

Frankreichs Wiederaufbau 16,7 Milliard.

Deutschlands Leistungen mindestens 18,5 Milliarden

Keine internationale Reparationsdebatte wurde bisher geführt, ohne daß die Franzosen ihren Anspruch auf die Zahlungen Deutschlands, hergeleitet aus der Tatsache der „zerstörten Gebiete", in den Vordergrund gerückt hätten. Auch in letzter Zeit haben sie nicht darauf verzichtet, zu diesem altbewährten Argument zu greifen. Wieder konnte man in der französischen Presse lesen, die „Kosten des Wiederaufbaues seien heute noch nicht bestritten", Deutschland habe seine Aufgabe, das zerstörte Land wieder herzustellen, „noch nicht erfüllt."

Diese französische Argumentation ist unhaltbar. Frankreich hat seine Gesamtaufwendungen für den Wiederaufbau selbst mit 16,7 Milliarden Reichsmark angegeben. Dieser Summe steht der Betrag an Reparationen gegenüber, den Frankreich seit 1918 erhalten hat.

Die Berechnungen über die Gesamthöhe der deutschen Leistungen seit Kriegsende gehen allerdings auseinander. Eine ursprüngliche Aufstellung ergibt für die Leistungen bis 1923 den Betrag von 55 Milliarden RM. Berechnungen von neutraler Seite ergeben für die Leistungen Deutschlands bis zum Ruhreinbruch die Summe von 25 Milliarden. Lassen wir diese Ziffer gelten, schlagen wir den Erlös Frankreichs und Belgiens aus der Ruhrepisode in Höhe von nur einer Milliarde hinzu, ferner acht Milliarden aus der Laufzeit des Dawesplanes und schließlich weitere drei Milliarden unter dem Young-Plan, so ergibt sich

als unterste Grenze der Schätzung ein Gesamtbetrag der deutschen Leistungen von rund 37 Milliarden RM.

Von dieser Summe hat Frankreich nach dem Verteilungsschlüssel 52 Prozent empfangen, Ihm sind

an Reparationen demnach insgesamt etwa 18,5 Milliarden RM. zugeflossen.

Frankreich hat nach seinen eigenen Angaben 16,7 Milliarden RM. für den Wiederaufbau seiner zerstörten Gebiete aufgewendet; es hat an deutschen Reparationszahlungen mindestens 18,5 Milliarden erhalten.

Was Frankreich also an Kosten für den Wiederaufbau aufgewendet hat, ist ihm aus deutschen Vermögenswerten ersetzt worden. Frankreich hat darüber hinaus Beträge erhalten, die sich um die Höhe von etwa zwei Milliarden RM. bewegen.

Sowjetrussische Wirtschaftspionage?

Die **Kommunisten** haben eine neue Einrichtung getroffen. Nämlich die der **„Kollektivbriefe".** Was ist das? In Moskau gibt es eine „Abteilung für internationale Verbindungen", an die deutsche Belegschaften Kollektivbriefe richten sollen, damit sie von russischen Belegschaften beantwortet werden können. So soll die Verbindung zwischen der Belegschaft von Siemens-Schuckert und der AEG. zum Elektro-Sawod in Moskau, von den Deutschen Telefonwerken zur Telefon-Zentrale in Moskau usw. hergestellt werden. Die sowjetrussische „Abteilung für internationale Verbindungen" spricht den Wunsch aus, daß in den Briefen der deutschen Belegschaften die **Art der Produktion** abteilungsweise (!), die Zahl der Belegschaft gegliedert nach Männern, Frauen und Lehrlingen und möglichst alle sonstigen wichtigen Dinge angegeben werden.

Es scheint uns, daß es sich um mehr handelt, als um eine kommunistische Spielerei. Gewiß, die deutschen Belegschaften sollen durch die „Kollektivbriefe" ein völlig falsches, nämlich günstiges Bild von der Lage der russischen Arbeiterschaft erhalten. Ist sonst aber nichts beabsichtigt? Wir glauben, daß unsere staatliche Bekämpfung der **Wirtschaftsspionage** alle Veranlassung hätte, sich diesen „Kollektiv-Briefwechsel" **einmal etwas näher anzusehen.**